

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementspreis durch die Post exkl. Bestellgeld vierteljährlich 1.20 Mk.
Nichtverbandsmitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Seitzer Straße 32, IV., Volkshaus
Telephonruf 7503.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pfg. für die einpaltige
Pfeilzeile oder deren Raum berechnet. — Inzerate werden nur gegen
vorherige Einzahlung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 39. Sonnabend, den 27. September 1913. 17. Jahrgang.

Inhalt.

Hauptblatt: Streiks, Sperren und Lohnbewegungen. — Vom Parteitag zu Jena. — Fragen der Arbeitslosenfürsorge. I. — Wie ein Oberbaurat den Kunststein herausstreicht. — Der Generalstreik der Charitatenbewegung in England. II. — Die Macht des Proletariats. III. (Schluß). — Die Versicherungsbehörden. — Grobhandelskredit. — Korrespondenzen. — Rundschau. — Literarisches. — Mitteilung. — Allgemeine Bekanntmachungen. — Adressen-Veränderungen. — Versammlungskalender. — Briefkasten. — Anzeigen. — Beilage: Massenstreik und Gewerkschaften. II. — Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912. III. (Schluß). — August Bebel als Sozialpolitiker. II. — Eisen und Stahl. — Feuilleton: Die „Steine“ der Sächsischen Schweiz.

Streiks, Sperren und Lohnbewegungen.

(Ueber alle unter dieser Rubrik veröffentlichten Bewegungen ist wöchentlich zu berichten; wo das unterbleibt, fällt für die folgende Nummer die Bekanntmachung weg.)

Gesperzt sind: Rütten: Firma Reuter. — Zwingenberg: Firma Rütth & Reimuth. — Laufamholz: Firma Wagner. — Minden: Firma Bories. — Kleinrinderfeld: Firma Riggi & Hesse. — Walsdorf: Platz Johann Ernst. — Derlingshausen (Lippe): Platz Reuter.

Oesterreich-Ungarn: Gesperzt sind: Heinrichgrün, Eger, Brüx, Lemberg, Wien, Krems, Gili, Bucirce, Linz, Südt, Krafau.

Vom Parteitag zu Jena.

Unter starker Beteiligung der Delegierten fand vorige Woche in Jena der sozialdemokratische Parteitag statt. Ueber die Wichtigkeit dieser Tagung war man sich diesmal allgemein klar, das zeigte ja schon die Preppolemiken, welche der Tagung vorausgingen. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zum Wehrbeitrag hat ja bei einem Teil der Genossen „erschrocken“. Unser Standpunkt in dieser Frage ist der der Mehrheit. In Jena wurde bei der Debatte zum Geschäftsbericht vielfach gesagt, daß die politische Organisation zum erstenmal einen kleinen Rückgang aufzuweisen habe. Aber dieser Rückgang ist sicherlich nur eine Ausnahmerscheinung; allerdings mit der sonst gewünschten rapiden Zunahme, mit der bisher gerechnet werden konnte, dürfen wir in Zukunft nicht mehr rechnen. Die Zunahme der politischen Organisation wird jetzt langsamer vor sich gehen. Genosse Schulz, der unermüdete Sekretär für das Bildungswesen, gab wiederum sehr beachtenswerte Hinweise über den derzeitigen Stand der proletarischen Jugendorganisation. Es soll nicht geleugnet werden, der Partei fehlt es an genügenden pädagogischen Kräften, welche sich dementsprechend der Jugendorganisation annehmen könnten. Da haben es die hürdenreichen Jugendorganisationen bedeutend leichter, dort gibt es Lehrer und Pastoren in Hülle und Fülle, welche sich den nationalen Bestrebungen zur Verfügung stellen. Aber die Partei kann mit ihren Leistungen auf dem Gebiete der Jugendbewegung bisher sehr wohl zufrieden sein. Es kann nicht unsere Aufgabe sein, weiter auf Einzelheiten des Geschäftsberichts einzugehen.

So ging es her beim Punkt: Politischer Massenstreik. Als Referent fungierte Genosse Philipp Scheidemann, wohl der beste Rhetoriker der Partei. Er behandelte das Thema in knapper und präziser Form. Er verwarf den politischen Massenstreik keinesfalls, aber er gab ohne Umschweife zu, daß er zurzeit wegen der Erringung eines besseren Wahlrechts zum preussischen Landtag noch nicht angewendet werden könne. Mit Recht verwies er darauf, daß die Beispiele der Russen, Schweden und Belgier nicht ohne weiteres für Deutschland maßgebend sind. Daß die Schweden große Mitgliederverluste zu verzeichnen hatten, sei ja bekannt.

Um ein besseres Wahlrecht in Preußen zu erringen, scheut, wenn die Umstände der Arbeiterschaft günstig sind, die Sozialdemokratie vor einem Massenstreik sicherlich nicht zurück, aber momentan sei hierzu eine Aussicht auf Erfolg. Die markantesten Stellen der Scheidemannschen Rede lauten:

Ich will Ihnen von vornherein klaren Wein einschenken über die Stellung des Parteivorstandes zu dieser Frage. Der Parteivorstand steht in dieser Frage auf dem Boden der Beschlüsse von Jena und Mannheim. Da ist unter anderem beschlossen worden: sobald unser Parteivorstand die Notwendigkeit eines politischen Massenstreiks für gegeben erachtet, hat er sich mit der Generalkommission der Gewerkschaften in Verbindung zu setzen, alle Maßnahmen zu ergreifen, die erforderlich sind, um die Aktionen erfolgreich durchzuführen. Sie dürfen sich darauf verlassen, daß der Parteivorstand gewillt ist, diese ihm mit allen den Weg gebene Entscheidung früherer Parteitage unter allen Umständen zu respektieren und danach zu handeln. (Sehr gut!) Parteigenossen! Was hat der Parteivorstand in dieser Frage veräußert? Es sind auch gegen uns, wenn auch mehr in indirekter Weise, Vorwürfe erhoben worden. Aber ich will ganz davon absehen. Aber eins nehme ich sehr tragisch, das ist der Umstand, daß man in einer Weise, die ich als unverantwortlich bezeichnen muß, gegen die vielen Tausende von braven Arbeiter, die durch das Vertrauen der Genossen innerhalb der Organisationen tätig sind, gegen die Vertrauensleute, die zu Tausenden bereits zählen, die Parteisekretäre, Gewerkschaftssekretäre usw. unangesehen in der schlimmsten Weise Verdächtigungen erhoben hat. (Sehr richtig!) Diese Leute sind geradezu bezeichnet worden als Verräter der Bewegung, als diejenigen, die daran ausgehen, daß nichts geschieht. Das ist der schlimmste Vorwurf. (Sehr wahr!) Wer die Arbeit dieser unsterblichen Agitatoren kennt, dieser Vertrauensleute der

Arbeiter — das sage ich ausdrücklich, denn keiner kommt auf seinen Posten, der sich nicht das Vertrauen der Massen, die ihn zu wählen haben, im vollen Maße erworben hat — wird zugeben, das sind wirkliche Kollaborationäre, die das ganze Jahr schwer arbeiten müssen, und man sollte ihnen deshalb das Leben nicht noch schwerer machen, als es ohnehin bereits ist. Sie sind nicht Verräter. Wir ist nicht ein einziger von diesen Parteigenossen bekannt, die in der Steinarbeit tätig sind, der etwa ein prinzipieller Gegner des Massenstreiks wäre. Aber sie sind Gegner der Rederei über eine Tat (Sehr gut!), die man tun kann, über die man aber nicht redet, wenn man sie noch nicht ausführen kann.

Es sind merkwürdige Vorschläge gemacht worden in bezug auf das Arrangement solcher Massenstreiks. Einer unserer Freunde hat gesagt, es sei gar nicht notwendig, daß ein solcher Massenstreik im ganzen Reich gleichzeitig ausbricht. Er müsse bald im Westen, im Osten und im Süden, im Norden losbrechen wie ein fliegendes Feuer. (Weiterkeit.) Das heißt, daß der Massenstreik so organisiert wird wie die Kaiserreisen. Trakt, trara, bald hier, bald da! (Weiterkeit.) Das mag für jemand möglich sein, dem ein Automobil zur Verfügung steht, und der im Lande herumreisen kann. Der Massenstreik ist nur aus der Stimmung der Massen heraus möglich, aus der Empörung im Volk. In bestimmte Portionen verteilt, heute am Rhein und morgen in Posen, darüber läßt sich im Ernste nicht reden. Dann will man von anderer Seite eine merkwürdige Methode anwenden, um die Massen zu begeistern. Was kommt denn für den Massenstreik für uns zunächst in Frage: ein scharf umrissenes Ziel, die Eroberung des Wahlrechts in Preußen! Was heißt das? Wir wollen die Möglichkeit haben, Vertreter ins Parlament zu schicken, damit sie dort für uns arbeiten. Um nun die Massen für diesen Kampf zu begeistern, setzt man zunächst den Parlamentarismus herab (Sehr richtig! und Weiterkeit), setzt Parlamentarismus gleich Kretinismus. Man fragt weiter: Ist denn im Parlament ein Votum für das Proletariat zu erringen? Nein, sagt man, deshalb müssen die Massen auf die Straßen gehen. Das ist eine Logik, die mir unverständlich ist. (Sehr richtig!) Ich will die Massen für etwas begeistern, das wir herunterreißen! Ich will sie begeistern für einen Kampf für das Wahlrecht, und um sie frisch und munter zu machen, lege ich das Parlament herunter und sage, das führe zum Kretinismus! (Sehr gut!) Dann braucht man doch nicht den Generalstreik oder Massenstreik, um solch ein wertloses Werkzeug zu erkämpfen, denn ist es doch besser, man spricht die ganze Wahrheit aus und geht auf's Ganze. Man sagt, im Parlament ist nichts mehr für das Proletariat zu erringen, deshalb müssen die Massen selbst auf dem Schauplatz erscheinen. Sie sollen sich in Bewegung setzen, sollen auf die Straße gehen, direkte Aktionen werden gefordert. Was heißt das und wozu führt das? Wenn man solche Redensarten gebraucht, dann muß man sich auch etwas darunter vorstellen. (Beifall.)

Was Scheidemann sagte, unterschreiben wir Wort für Wort. Und es ist gut, daß er mit so offenem Bistier operierte. Daß mit diesen Ausführungen die radikale Gruppe des Parteitages unter Führung der Genossen Dr. Luxemburg nicht einverstanden war, ist geradezu selbstverständlich. Diese Genossen hat noch immer an der Partei und ihren Einrichtungen etwas auszusetzen gehabt. Es vergeht wohl kaum ein Parteitag, auf dem sie nicht ihren ultraradikalen Standpunkt vertritt. Dann kommt hinzu, daß sie einen „Schulmeister-ton“ beliebt, der erfreulicherweise sonst in der Partei nicht üblich ist. Wir finden es völlig begreiflich, wenn sich gerade Scheidemann mit Nachdruck und unter stürmischem Beifall der Delegierten gegen die Schulmeistererei der Genossen Dr. Luxemburg wandte. Zum Massenstreik sprachen von den bekannten Gewerkschaftlern auch die Genossen Bauer, Silber Schmidt, Husemann und Winnig. Ersterer fungiert als 2. Vorsitzender der Generalkommission; seine Ausführungen gewinnen deshalb besonders an Wert. Bauer geht mit den Darlegungen Scheidemanns vollständig konform. Die Gewerkschaftsvertreter fanden in Jena große Zustimmung. Ueber den Massenstreik selbst äußert sich im „Steinarbeiter“ in dieser Nummer ein Mitarbeiter in ausführlicher Weise. Die Redaktion vertritt voll und ganz dessen Meinung.

Es gibt eben Genossen, denen die Entwicklung auf politischem Gebiet zu langsam vor sich geht. Nun meinen sie, alles Heil müsse vom politischen Massenstreik abhängen. Sie bedenken nicht, daß bei einem verlorenen Massenstreik gerade in Deutschland sehr viel auf dem Spiele steht. — Hoffentlich hat die Debatte in Jena den Zweck erfüllt, mit der Annahme der Parteivorstandsresolution, daß mit der ewigen Propagierung des Massenstreiks nun ein bißchen Einhalt getan wird. — Wenn beispielsweise heute die Regierung sich wagen würde, am Reichstagswahlrecht, am Koalitionsrecht zu rütteln, wir hätten binnen einigen Tagen eine solche Empörung unter den deutschen Volksmassen, daß der herrschenden Klasse Hören und Sehen verginge. In solchen Situationen würde man nicht erst große Redetourneure für den Massenstreik nötig haben, nein, es würde gehandelt werden, wie es sich geziemt.

Ueber die Einführung der Arbeitslosenversicherung war in der Person des Genossen Timm-München ein vorzüglicher Referent gewonnen. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich der sozialdemokratische Parteitag einstimmig für die reichsgesetzliche Versicherung gegen Arbeitslosigkeit ausgesprochen und beschlossen, eine Massenpropaganda für die Durchsetzung dieser großen sozialreformatorischen Forderung in die Wege zu leiten. Das Schicksal dieser Bewegung und die Stellung der regierenden Mächte zu ihr kann für die weitere Entwicklung der inneren deutschen Politik von höchster Bedeutung werden.

Die verkehrte Anklage, die Sozialdemokratie wolle gar nicht helfen, sie erhebe ihre Reformforderungen bloß zum Zweck der Agitation, muß angesichts der tiefgreifenden Debatte, die der Parteitag über die Frage der Arbeitslosenversicherung geführt hat, verstummen. Die Arbeiter aber,

nicht bloß die schon sozialdemokratisch gesinnten, alle Arbeiter, die überhaupt angefangen haben, über ihre eigenen Angelegenheiten nachzudenken, wollen die Arbeitslosenversicherung, die sie vor den äußersten Gefahren der Verelendung schützt und ihnen erst dadurch die Möglichkeit gibt, sich als einigermaßen freie Menschen zu fühlen.

Und weil die Arbeiter die Arbeitslosenversicherung wollen, will auch die Sozialdemokratie sie, denn sie ist eben die Arbeiterpartei. Und nicht vergessen soll dabei werden, daß sich diese sozialdemokratische Forderung selbstverständlich auch auf die Angestellten bezieht, die doch auch nichts anderes sind als Arbeiter in volkswirtschaftlichem wie im sittlich edlen Sinn dieses Wortes.

Die Sozialdemokratie will die Arbeitslosenversicherung — und wie will sie die Erfüllung dieser Forderung erreichen? Durch die friedlichsten, geschicktesten Mittel der Welt; durch Einwirkung der Presse, durch Gebrauch des Versammlungs- und Vereinsrechts, durch Ausnutzung ihrer streng verfassungsmäßig erworbenen Stellung in den Parlamenten der Kommunen, der Staaten und des Reichs. Nur ein Unmensch kann sich dem Ziel widersetzen, nur ein frecher Lügner die Methoden verdächtigen, die zur Erreichung des Zieles gewählt werden.

Es handelt sich auch um keine Utopie. Was in kleinem Maßstabe schon in Deutschland selbst besteht, soll zu einem umfassenden System ausgebaut werden. Wir haben es erlebt, daß von einem Reichskanzler Forderungen als perfid und phantastisch bezeichnet wurden, die schon unter seinem Nachfolger notgedrungen in ziemlich weitgehendem Maße ihre Erfüllung fanden. Niemand wird es wagen, die Worte „perfid und phantastisch“ auf die Forderung der Arbeitslosenversicherung anzuwenden, wie seinerzeit die finanziellen Deduktionspläne der Sozialdemokratie. Hier müssen alle Einwände der Gegner verstummen.

Jetzt sind Regierung und bürgerliche Parteien gezwungen, ihre Karten aufzugeben. Wenn irgendein Mensch auf der Welt ihnen noch glauben soll, daß sie bereit seien, berechtigten Forderungen der arbeitenden Bevölkerung entgegenzukommen, kann es für sie kein Zweifeln und Schwanken geben. Dann müssen sie sich bereit erklären, mit der Sozialdemokratie ohne Vorbehalt und ohne jeden böswilligen Hintergedanken, dafür zu wirken, daß das große Werk zustande kommt.

Weichen sie aus, verjagen sie, dann wird diese Tatsache auf die Massen in viel stärkerem Maße revolutionierend wirken, als das irgendeine Parteitagresolution vermöchte. Dann wird das Wesen der Regierung als einer Klassenregierung, der nichtsozialdemokratischen Parteien als arbeitersindlichen Klassenparteien, so grell und scharf in Erscheinung treten, daß auch dem letzten Arbeiter, dem letzten Angestellten ein Licht aufgehen muß.

Der Parteitag hat Regierung und Parteien vor ein klares Problem gestellt. Von der Art, wie es gelöst oder auch nicht gelöst wird, hängt unendlich viel ab. Die Sozialdemokratie kann aber der Entscheidung guten Mutes entgegensehen. — Die Arbeiter sehen aber wiederum, daß sich nur die Sozialdemokratie der Einführung der Arbeitslosenversicherung annimmt. Das demagogische Zentrum hat den Arbeitern in dieser Frage schon wiederholt Knüttel zwischen die Beine geworfen. Ueberall wird jetzt eine scharfe Agitation eingesetzt, um die Deffektivität auf diese Frage hinzulenken.

Recht spannend muß die Debatte über die Steuerfrage genannt werden. Als Referenten waren die Genossen Wurth und Dr. Südekum bestellt. Diese Namen bürgen ja schon dafür, daß das Thema sehr gründlich behandelt wurde. Wir können nur unterstreichen, wenn die sozialdemokratische Fraktion den Wehrbeitrag sowie die Vermögenssteuer annahm. Hätte die Fraktion anders gehandelt, fürwahr, die Mehrheit der Genossen hätte ein solches Verhalten nicht begreifen können. Und wie hätten sich unreife Gegner ins Häuschen gelacht, wenn ausgerechnet die Sozialdemokratie eine Belastung der bestehenden Klassen abgelehnt hätte. Mit dem Argument, diese Steuern dienen militärischen Zwecken, kann nicht operiert werden, denn acht Zehntel der Einnahmen des Reichs werden eben leider für den Militarismus zu Wasser und zu Lande verwendet. Und gerade diese Tatsache ist uns ein Fingerzeig dafür, daß man die Besitzenden mittels direkten Steuern belasten mußte.

Die Auseinandersetzungen über den Fall Radek haben gezeigt, daß man es endlich satt hat, sich mit dieser Person noch länger zu beschäftigen. Bedauert muß werden, daß diesem Exgenossen von der Parteiorganisation der Stadt Bremen aus so lange die Stange gehalten wurde. Hätte es sich um den Ausschluß eines Arbeiters gehandelt, sicherlich hätten die Parteizeitungen den Fall nicht in der Breite behandelt.

Es muß mit Unterstreichungen betont werden, daß in Jena äußerst sachlich verhandelt wurde. Kein Mißton hörte die Verhandlungen. Auch den Gewerkschaften ist man gerecht geworden, das zeigen am besten die Ausführungen Scheidemanns. Die Tagung wird deshalb von so weitgehender Bedeutung sein, weil mit so großem Nachdruck die Einführung der Reichsarbeitslosenunterstützung gefordert wurde. — An Stelle des unerfährlichen Führers Bebel wurde Genosse Ebert als Parteivorstand gewählt. Wir sind der Meinung, daß damit der Parteitag einen sehr guten Griff getan hat. — Mit dem Ergebnis der Jenaer Verhandlungen können wir uns vollinhaltlich einverstanden erklären,

Fragen der Arbeitslosenfürsorge.

I.

E. H. Die große Arbeitslosigkeit, die jetzt schon wieder die deutschen Arbeiter bedroht, obwohl die tiefen Wunden der Wirtschaftskrise von 1908/09 noch nicht verheilt sind, und die trübe Aussicht einer weiteren Verschärfung der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit haben erneut die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen Fragen an die Oberfläche der öffentlichen Diskussionen gewirbelt und der Ruf nach endlicher ausreichender Sicherung der Arbeiter gegen die Gefahren der Arbeitslosigkeit hat von neuem in die breitesten Kreise. Es ist ziemlich gewiß, daß auch der Parteitag in Jena sich mit der Arbeitslosenfrage, als besonderen Gegenstand der Tagesordnung befassen wird. Darum findet auch ein eben in Gent in Belgien abgehaltener Kongreß der Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erhöhtes Interesse.

Etwa 400 Personen, darunter die Vertreter von 23 Regierungen — unter denen natürlich die preußisch-deutsche nicht zu finden war — und viele Vertreter der modernen organisierten Arbeiterklasse aus Deutschland, Frankreich, der Schweiz, aus Österreich, Belgien, Holland und Skandinavien hatten sich vom 4. bis 6. September versammelt, um die neuesten Ergebnisse und Erfahrungen hinsichtlich der Milderung der Arbeitslosigkeit und der Bekämpfung ihrer schlimmsten Folgen auszutauschen und die Wege für die allgemeine, einheitliche Aktion zur Beseitigung des Arbeitslosenlebens zu ebnen. Man braucht vom Standpunkt des Klassenbewußten Proletariats nicht mit allen Einzelheiten der dort gefaßten Beschlüsse einzufesthalten zu sein, gleichwohl muß man anerkennen — und das ist auch von dem Vertreter der General-Kommission der deutschen Gewerkschaften geschehen — daß im allgemeinen das Richtige getroffen worden ist, von einer einheitlichen Aktion in allen Ländern zu ermöglichen. Von hohem Wert ist die durch die internationale Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit angeregte Materialsammlung und der internationale Austausch der zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der vermeidbaren Arbeitslosigkeit geeigneten Erfahrungen und Gedanken. Denn damit werden die Wege geklärt, die man gegen eins der schlimmsten Uebel der kapitalistischen Produktionsweise zu beschreiten hat.

Die Arbeitsnachweisfrage.

An der Spitze der Beratungsgegenstände stand die Frage des Arbeitsnachweises, die jetzt überall eine unbefriedigende Situation zeigt und nur in England, infolge eines gesetzgeberischen Aktes, genügend sicher gelöst ist. Dabei hat, wie der Direktor der staatlichen Arbeitslosenversicherung in England ausführte, dieser englische Arbeitsnachweis bisher die Gefügtheit geübt, die Arbeitssuchenden auf die bestmöglichen Betriebe aufmerksam zu machen. In Deutschland ist die Arbeitsnachweisfrage darum besonders brennend, weil hier die Unternehmer mit ihren die Maßregelung mißliebiger Arbeiter bezweckenden Nachweisen eine bedenkliche Verwässerung des Arbeitsnachweises bewirkt haben. Die gegenwärtige Zerplitterung und Mannigfaltigkeit in der Organisation und die Unübersichtlichkeit in der Geschäftsführung verhindern einen Überblick über die jeweilige Lage des Arbeitsmarktes, eine zuverlässige Feststellung der vorhandenen Arbeitskräfte und Arbeitsmöglichkeiten, einen zweckmäßigen und raschen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage, eine brauchbare Arbeitsmarktstatistik und rechtzeitige vorbeugende Maßnahmen gegen drohende Arbeitslosigkeit. Der Arbeitsnachweis soll nicht nur allein Arbeiterjüngende und Arbeiterjüngende zusammenführen, sondern er soll auch der Träger und Organisator einer guten Arbeitslosenstatistik sein, und er soll durch seine Tätigkeit den Boden für eine öffentliche Arbeitslosenversicherung vorbereiten. Wenn er das soll, dann muß er in der Lage sein, den Arbeitsmarkt fortlaufend beobachten und seine Erscheinungen in ausreichendem Maße registrieren zu können. Nach längerer Aussprache über diesen Gegenstand beschloß der Kongreß folgende Grundsätze für die Forderungen bezüglich des Arbeitsnachweises:

1. Systematische Organisation der öffentlichen Arbeitsnachweise mit territorialer Gliederung (Orts-, Bezirks-, Landes-Arbeitsnachweise) unter Berücksichtigung der beruflichen Interessen (Berufslisten, Fachabteilungen).
2. Einheitliche Technik in der Geschäftsführung bei Bewertung aller moderner Verkehrsmittel (Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn).
3. Vollige Unparteilichkeit bei der Stellenvermittlung und der Verwaltung.
4. Grundständige Gebührenfreiheit mindestens für Arbeitssuchende.
5. Planmäßige Regelung des Arbeitsmarktes einschließlich der Arbeiterwanderungen (nach einheitlichen Grundsätzen unter Leitung der Zentrale: fortlaufende Arbeitsmarktstatistik).
6. Kosten zu Lasten der Gemeinden (für Ortsarbeitsnachweise), der Bezirke (für Bezirksarbeitsnachweise), des Staates (für die Zentrale und etwaige Subventionen).

Zur Durchführung dieser Reformen erscheint die Mitwirkung der Verwaltung bzw. der Gesetzgebung erwünscht, um solchen Arbeitsnachweisen, die den vorstehenden Grundsätzen entsprechen, als staatlich „anerkannter“ Arbeitsnachweissen (bzw. öffentlich-rechtlichen Organen) gewisse Vergünstigungen zu gewähren (bei Benutzung von Telephon, Telegraph, Post, Eisenbahn und durch Zuschüsse aus öffentlichen Mitteln), auf einen öffentlichen Ausbau des Arbeitsnachweises hinzuwirken, einheitliche Grundsätze für die Geschäftsführung und Statistik einzuführen und das gesamte Arbeitsnachweissystem der staatlichen Aufsicht zu unterstellen.

Die Verwendung öffentlicher Arbeiten zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Ein noch sehr wenig erörterter Gedanke, die Arbeitslosigkeit zu vermindern, ist der, die öffentlich notwendigen Arbeiten nicht planlos zur Ausführung zu geben, sondern sie solange hinauszuschieben, bis die allgemeine Konjunktur herabwärts und die Arbeitslosigkeit besonders drückend wird. Damit würde einmal das Hegeprinzip der Produktion, das Ueberwunden- und Nacharbeitsunwesen, das die Hochkonjunktur kennzeichnet, vermindert und zugleich eine größere Arbeitslosigkeit für die flaute Periode beibringt. Welche Einwirkung damit auf den Arbeitsmarkt in Deutschland bewirkt werden könnte, ergibt sich daraus, daß wir alljährlich für 5-6 Milliarden Mark öffentliche Arbeiten ausführen lassen, wenn davon nur der zwanzigste Teil in einer industriellen Arbeitsmarktpolitik verwendet würde, wären das für 250-300 Millionen Mark Arbeiter. Damit könnte

einer ganzen Anzahl gelernter Arbeiter, namentlich denen, die zum Baugewerbe gehören, große Hilfe geleistet werden. Das würde eine weit bessere Hilfe als die sogenannten Notstandsarbeiten sein, die doch nur für ungelernete und wettterfeste Arbeiter in Frage kommen. Darum verdient der folgende Beschluß des Kongresses besondere Beachtung: Die systematische Verteilung der öffentlichen Arbeiten ist auf folgender Grundlage anzustreben:

A. Verteilung der öffentlichen Arbeiten in der Zeit.

1. Die Verwaltungsbehörden mögen bei der Vorbereitung vorzunehmender öffentlicher Arbeiten oder Lieferungen a) die Frage endlich in Erwägung ziehen, ob nicht diese Arbeiten oder Lieferungen auf die tote Saison des betreffenden Jahres oder auf eine mehr oder minder entfernte wirtschaftliche Krisen- bzw. Depressionsperiode verlegt werden könnten; b) soweit als möglich, namentlich aber soweit dem technischen Gründe nicht entgegenstehen, die nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen für die stillen Zeiten des betreffenden Jahres oder für Krisen- bzw. Depressionsperioden vorbehalten; c) im voraus Projekte nicht dringlicher Arbeiten und Lieferungen für eine nicht zu sehr beschränkte Anzahl von Jahren ausarbeiten und den kompetenten Vertretungskörpern unterbreiten, damit diese Lieferungen für die Jahre, in denen eine wirtschaftliche Krise im Anzuge ist, vorbehalten bleiben.

2. Die Finanzgesetze mögen hinreichend weitgehend gehalten sein, um den Verwaltungsbehörden zu gestatten, Reservefonds für die Ausführungen von nicht dringlichen Arbeiten und Lieferungen in Krisen- und Depressionsjahren anzulegen.

3. In jedem Lande möge ein ständiges Amt geschaffen werden, mit dem Auftrage, die Anzeichen kommender wirtschaftlicher Krisen oder Depressions zu beobachten, die Ergebnisse seiner Beobachtungen periodisch zu veröffentlichen und den Verwaltungsbehörden Gutachten zu erteilen über den geeigneten Zeitpunkt der Finanzgriffnahme der für die Krisen- oder Depressionsjahre in Bereitschaft zu haltenden Arbeiten oder Lieferungen.

4. Die Verwaltungsbehörden mögen insbesondere folgende öffentlichen Arbeiten ins Auge fassen: Trockenlegung von Mooren, Urbarmachung von Heiden, Forstarbeiten, Verbesserungen der Verkehrsmittel in mehr oder minder zurückgebliebenen Gegenden, sowie überhaupt Arbeiten, die geeignet sind, die Produktivkräfte und die ständige Nachfrage nach Arbeitern zu vermehren, wobei diese Arbeiten für Zeiten aufzusparen wären, wo es sonst an Erdarbeiten mangelt.

B. Verteilung der zu vergebenden Arbeiten unter die einzelnen Gewerbe.

Die Verwaltungsbehörden mögen die zu vergebenden Arbeiten, soweit dies technisch zulässig ist, verschwiegen unter die einzelnen Gewerbe verteilen, und zwar unter Anwendung dieses Systems nicht nur auf die laufenden Instandhaltungs-, sondern auch auf die neu vorzunehmenden Arbeiten.

Wie ein Oberbaurat den Kunststein herausstreicht.

Wir haben im „Steinarbeiter“ bereits berichtet, daß am 23. und 24. August unter großer Beteiligung in Leipzig die Generalversammlung des Zentralverbandes deutscher Zementwaren- und Kunststeinfabrikanten stattfand. Zu jener Tagung waren über 300 Mitglieder erschienen. Zu dieser Generalversammlung war als Vertreter der Stadt Leipzig der Oberbaurat Scharenberg erschienen, der in seiner Begrüßungsrede folgendes ausführte:

Im Auftrage des Rates der Stadt Leipzig habe ich die Ehre, Sie zu begrüßen. Sie wissen vielleicht am allerbesten, mit welchen Anfeindungen, welchen Bedenken und welchem Mißtrauen zuerst vor einer Reihe von Jahren die Fabrikate der Kunststein- und Zementwaren-Industrie in vielen Kreisen angesehen wurden. Ich möchte bemerken, daß gerade durch Ihre Bestrebungen dieses Mißtrauen vollständig geschwunden ist. Der Rat der Stadt Leipzig hat ja schon im Interesse der Finanzen ein reges Interesse an der Fabrikation des Kunststeins und hat mit großem Interesse die Fortschritte, welche in dieser Beziehung zu verzeichnen sind, verfolgt. Ich, als eines der technischen Mitglieder des Rates, habe ja ganz besonders Gelegenheit gehabt, diese Fortschritte zu beobachten, und ich will mich nicht besser machen, als ich war: Auch ich habe in der letzten Zeit, vor zehn bis fünfzehn Jahren, mit einem gewissen Mißtrauen der Kunststeinfabrikation gegenübergestanden. Ich war ein Freund des Natursteins. Nachdem jedoch die Fortschritte der Kunststeinfabrikation so außerordentlich sind, daß der Naturstein vielfach, ich möchte sagen an Härte und Haltbarkeit durch den Kunststein übertraffen wird, und nachdem die Nachahmung des Natursteins mehr und mehr verlassen wird, nachdem sich der Betonbau und der Eisenbetonbau immer weitere Kreise erobert haben, nachdem weiter hinter sich der Sache angenommen und dem Eisenbeton künstlerische Formen gegeben haben, hat sich dieser Standpunkt geändert, und der Kunststein bringt immer weiter in das Bewußtsein hinein. Diesen Fortschritten ist in vollem Maße und mit großem Interesse der Rat der Stadt Leipzig gefolgt, und ich betone vorhin schon, da finanzielles Interesse ihn fast dazu zwingt, möchte ich sagen, häufig von der Verwendung von Naturstein — ich vermeide absichtlich das Wort „echtes“ Material und benutze den Ausdruck Naturstein gegenüber Kunststein — abzuweichen und in weit größerem Umfange Kunststein zu verwenden. In Anbetracht dessen hat er besonders Interesse daran, Sie heute hier zu begrüßen. Es zeigt ja Ihre Tagesordnung für den heutigen und morgigen Tag, daß Sie in gemeinsamer Beratung die gemachten Erfahrungen gegenseitig austauschen wollen. Gerade in der ersten Zeit ist die Fabrikation von Kunststein an gewissem Mangel, die erst durch Erfahrungen beseitigt werden konnten. Diese in wertvoller Arbeit gemachten Erfahrungen auszutauschen und sich über die Beseitigung etwaiger Mängel zu beraten, das ist wohl in der Hauptsache der Zweck Ihrer Versammlung. Und gerade deshalb hat der Rat es für richtig erachtet, ein technisches Mitglied an den Verhandlungen teilnehmen zu lassen. Er wünscht Ihnen gütliche Entwicklung Ihrer heutigen Beratungen. Er wünscht, daß Sie feststehe, welche Wege in Leipzig verlaufen und der Stadt ein gutes Andenken berechnen!

Die Äußerungen bedeuten nichts anderes, als eine große Lobhudelei gegenüber dem Kunststein. Wir sind der Meinung, daß die Erfahrungen, welche über die Surrogate bisher vorliegen, noch nicht derartig sind, daß der Naturstein in solcher Weise diskreditiert wird. Und auf nichts anderes laßt ja seine Rede wohl kaum hinaus. Wir sind der Meinung, daß die Kunststeinfabrikation sogar noch sehr viele Mängel aufweist, die wohl kaum schnellstens beseitigt werden können. Wir könnten ja den Herrn Oberbaurat fragen, ob er sich wohl ein Bild machen kann, wie so eine Fassade aus Kunststein in 30 bis 40 Jahre... aussehen wird?

Wenn eine solche Rede geäußert wird, so muß man sich auch darüber klar sein, daß die Natursteinindustrie dadurch sehr schwer geschädigt wird. Natürlich war es die Aufgabe des Herrn Scharenberg nicht, sich für den Naturstein ins Zeug

zu legen, aber er hat kein Wort gesagt, daß sich gerade in Leipzig Sandstein und Muschelkalk sehr gut bewährt haben. Wir nennen bloß das Reichsgerichtsgebäude, das Rathaus, diverse Kirchen, Sangebäude usw.

Wir sind der Meinung, daß aus den Äußerungen des Herrn Oberbaurats ohne weiteres hervorgeht, daß er als ein großer Freund des Kunststeins angesehen werden muß, denn die ausgesprochenen Schmehwörter könnte er nicht so ohne weiteres beweisen.

Die Leipziger Steinmehrer wissen nun, daß sie seitens des städtischen Bauamts auf eine große Unterstützung wegen der Versteinerung nicht mehr rechnen dürfen.

Wir sehen aus diesen Äußerungen, daß die hervorragenden Leistungen, welche in Bauangelegenheiten ausgeschrieben sind, für den Naturstein kein großes Interesse mehr haben.

Der Generalstreik der Chartistenbewegung in England.

II.

Im Jahre 1842 hatte sich die Bewegung von den Schlägen wieder erholt. Wir folgen hier dem Genossen Beer in seiner Schilderung:

Der Monat August wird in der Geschichte des Chartismus ewig denkwürdig bleiben. Es war der Monat des Kulminationspunktes der Chartistischen Bewegung, der Monat des Generalstreiks in der nördlichen Hälfte Englands und der Unterordnung der Trade Unions unter die politische Bewegung. Die wirtschaftliche Not der Arbeiter erreichte ihren Tiefpunkt. Die Löhne sanken, trotz aller trades-unionistischen Anstrengungen, tiefer als jemals in der vorhergegangenen Jahre zu halten. Die Mehrheit der Arbeiter ergriff den Gedanken, daß ihr gewerkschaftliches Wirken nur Skrupelarbeit sei und daß ihr Heil vornehmlich in der Durchsetzung des Volkshartens in der Eroberung der politischen Macht liege. Chartistische Redner konnten um jene Zeit, ohne Widerspruch zu erregen, in öffentlichen Versammlungen der Trade-Unionisten erklären, daß deren Organisationen vollständig vorzuziehen, da sie nicht einmal im Stande seien, Lohnherabsetzungen vorzubeugen.

Der wirtschaftliche Druck in der Arbeiterklasse rief eine zweifelhafte Stimmung hervor. Am 4. August traten die Arbeiter von Stahlbrücke in den Streik ein, und unter Hochrufen auf den Charter, O'Connor und den Northern Star zogen sie nach Aithon, wo sie ihre Kollegen in den Streik mitrissen. Von Oriskany zu Oriskany marschierend, legten sie überall die Fabrikarbeiter still, die Zahl der mitmarschierenden Arbeiter wuchs zu einer mächtigen Prozession an, die am 9. August auf Manchester konvergierte. Außerhalb der Stadt trat ihr Militär entgegen, das von Oberst Wemyss, dem Nachfolger und Gefinnungsgegnossen Sir Charles Napier's, kommandiert war; in Begleitung der Truppen befand sich auch ein Magistratsbeamter, der die Aufgabe hatte, im Bedarfsfall die Auftritte zu verlesen. Nach Unterhandlungen mit ihm und den Demonstrationenführern, die die Verantwortung für die Aufrechterhaltung des öffentlichen Friedens übernahmen, zog die Prozession in Manchester ein. Hier löste sie sich in Gruppen auf, die von Fabrik zu Fabrik zogen, um die Arbeiter zur Teilnahme am Streik zu veranlassen. In den meisten Fällen schlossen sich die Arbeiter freiwillig dem Streik an. Zwang und Einschüchterung waren in Manchester nur ausnahmsweise nötig. Von Manchester als Mittelpunkt pflanzte sich der Streik strahlenartig nach allen Richtungen fort und umfaßte Lancashire, Yorkshire, Warwickshire, Staffordshire, den Töpferbezirk, und griff nach Wales hinüber; gleichzeitig standen auch die Schottischen Bergleute im Streik; auch in London hielten die Chartisten geheime nächtliche Versammlungen ab, um sich auf das Vorgehen vorzubereiten. In der zweiten Augustwoche schien sich den Bomben Traum verwirklichen zu wollen: die Dampfketten erkalten, die Kraftwerke ruhten, die Hochöfen erloschen, die Bergwerke lagen erloschen da, die Fabrikglöden verstummten — alle Räder standen still.

Nicht überall indes vollzog sich die Einleitung der Arbeiterferien so friedlich wie in Manchester. In manchen Gegenden wurden die Arbeitswilligen gewaltam aus den Werkstätten geholt, Fabrikfenster und Fabrikttore eingeschlagen, die Zapfen der Dampfketten abgegründet und Widerstand leistende Fabrikherren verprügelt angegriffen. Im großen ganzen jedoch war gewalttätiges Vorgehen eine Ausnahme. Nirgends aber wurde geplündert oder Eigentum mutwillig zerstört. Hungernde und im Bürgerkrieg stehende Arbeiter, bettelarme proletarische Insurgenten befanden sich während einer Woche im Besitze des reichhaltigsten Mittelpunktes der Textilindustrie, ohne auf den geringsten Wertgegenstand Hand gelegt zu haben. Mit Bewunderung hebt die leitende englische Presse diesen Umstand hervor.

Zu Zusammenstößen zwischen Streikenden und Militär kam es in Preston und Blackburn, wo zusammen sechs Arbeiter getötet und mehrere verwundet wurden.

Wenige Tage nach Beginn des Streiks trat die Lohnfrage in den Hintergrund. Der Gedanke brach sich Bahn, daß dieselbe Anfechtung, die zur Erzielung besserer Löhne nötig sei, wohl hinreichen würde, den Charter zu erobern. Und wenn der Charter gewonnen ist, wird die Entlohnung nicht nur besser, sondern auch gesichert und gestärkt sein, während ein Streikerfolg im besten Falle nur temporär sein könnte. Die Arbeiter argumentierten: Angenommen, wir gewinnen eine Lohnaufbesserung, welches Mittel besitzen wir denn, die Lohnaufbesserung festzuhalten und weiter zu wirken? Unsere Trades Unions versagen. Wir haben Tausende von Pfund Sterling für trades-unionistische Zwecke ausgegeben, und die Löhne fallen fortgesetzt. Gewinnen wir aber den Charter, so haben wir politische Macht, mit der wir die Früchte unserer Arbeit schützen können. Warum also die Generalstreiksbewegung auf Lohnfragen beschränken?

Das war die Ansicht der Mehrheit. Denn es traten in den Versammlungen auch Redner auf, die gegen jede Verquickung des Streiks mit Politik sich aussprachen. Die Minderheit erklärte: Solange wir bei der Lohnfrage bleiben, werden wir die Sympathie des ganzen Kleinbürgertums und aller Arbeiterfreunde haben. Diese Sympathie brauchen wir, da wir — bei unserem Mangel an Geldmitteln — nicht imstande sein werden, lange im Streik zu bleiben. Machen wir aber den Charter zur Hauptsache, so treten wir in einen Gegensatz zu den Whigs und Tories und zu allen Elementen, die gegen das allgemeine Wahlrecht sind.

In der Hitze des Kampfes gewann der politisch-revolutionäre Gedanke über den rein gewerkschaftlichen die Oberhand.

Am 11. und 12. August versammelten sich die Delegierten der Gewerkschaften von Manchester in der Carpenters' Hall, und nach eingehender Besprechung der Lage nahmen sie folgende Resolution an:

Die Gewerkschaften verpflichten sich, ungesetzliche Maßnahmen nicht zu sanktionieren. Sie verurteilen das Vorgehen der Unternehmer, die fortgesetzt die Löhne herabsetzen und den Arbeitern die Mittel zur Existenz nehmen und auf diese Weise den heimlichen Markt vernichten; aber gleichzeitig verurteilen sie alle Gewalttätigkeit und alle Zerstörung des Eigentums. Sie sind der Ansicht, daß solange die Klassenegesetzgebung nicht zerfällt und das Prinzip der vereinigten Arbeit nicht hergestellt ist, es den Arbeitern unmöglich sein wird, den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu genießen. Dieses Meeting ist der Ansicht, daß der Volksharter die Elemente der Verpfändung und des allgemeinen Wohleregens enthält, und wir verpflichten uns, die Agitation für unsere Forderungen fortzusetzen, bis jenes Dokument zum Gesetz des Landes geworden ist.

Diese Resolution der Gewerkschaftsführer von Manchester kann nicht mißverstanden werden: sie verlangt Demokratie und Sozialismus; sie erklärt sich für den Volksharter und für die vereinigte oder kollektive Produktion.

Beilage zum „Steinarbeiter“.

Nr. 39.

Sonnabend, den 27. September 1913.

17. Jahrgang.

Massenstreik und Gewerkschaften.

II.

Doch wenn auch ein friedlicher Verlauf des Massenstreiks vorausgesetzt werden könnte, eine gute, starke Organisation ist die ebenso notwendige Vorbedingung für das Gelingen desselben. Nicht durch die bloße Eröffnung des Kampfes dürfen wir den Zutrom der Kämpfer erwarten. Im günstigsten Falle gelänge es unseren besten Rednern unter den bisher Unorganisierten ein Strohfeuer der Begeisterung zu entfachen, das jedoch, sobald es sich in Entbehrungen aller Art bewähren soll, elendig und jämmerlich verlöschen würde. Auf diese Kreise unsere Hoffnung zu setzen, käme der Spekulation eines Spielers gleich, der alles auf die letzte Karte setzt. Im Verlaufe der Zeit lassen solche Leute gewöhnlich alles über sich ergehen. Nur die wenigsten haben so viel Energie, um noch einmal von vorne zu beginnen.

Erleben läßt sich ja der sozialistische Geist nicht mehr. Dazu ist er schon zu sehr in der ganzen Welt verbreitet. Aber zu verlieren haben wir sehr viel. Das Wort: Der Arbeiter hat nichts zu verlieren als seine Ketten, trifft heute nicht mehr zu, wenigstens nicht allgemein. Freilich, noch unendlich viel mehr hat er zu gewinnen. Um dieses Mehr zu gewinnen, darf er jedoch den Besitz nicht leichtfertig ans Spiel setzen. Mächtiger ist es, die Kräfte aufsparen, neue sammeln und rechtzeitig anwenden. Bis „der letzte Mann“ organisiert ist, so lange können wir natürlich nicht auf die Durchführung unserer Forderungen warten, aber die große Mehrheit des Volkes muß aus überzeugten Kämpfern für unsere Sache bestehen.

Wie weit sind wir noch von dieser Vorbedingung entfernt und wann wird dieselbe erfüllt sein? Prüfen wir das Verhältnis der freiorганиerten Arbeiter zu den Unorganisierten, den Schwarzen, den Blauen und den Weißen. Abgesehen von den Unorganisierten, die ja für alle Betätigung das Rekrutierungsgebiet bilden, können wir mit Befriedigung feststellen, daß sich der ganze Farbermittelmäßig zusammengenommen mit uns an Zahl bei weitem nicht messen kann. Die schätzbarsten aber diese Unorganisierten einer allgemeinen Bewegung werden können, das hat am klarsten der organisierte Streikbruch im Ruhrgebiet bewiesen. Was den Bergarbeitern gegenüber passierte, kann den Steinarbeitern morgen passieren, und in einer allgemeinen Bewegung werden sie erst recht ihr Schicksal ins Trockene zu bringen suchen. Die Hirsch-Dunderschen Organisationen sind höchst unruhige Skatonten, wenn wir sie auch mit den Christen nicht auf eine Stufe stellen wollen. Ueber die „Gelbe West“ wollen wir an dieser Stelle keine Worte verlieren. — Betrachten wir uns nun einmal selbst. Ist der Zusammenhalt überall ein musterglücklicher? Besuchen die Kollegen die Bundesversammlungen und Versammlungen? Werden die Beiträge, dieser notwendige Obolus, pünktlich und mit Freuden bezahlt? Treten die Kollegen einer unwillkürlichen Behandlung von Seiten der Unternehmer bzw. der Polizei mannhafte entgegen? Bekämpfen sie sich nicht selbst durch unsozialistisches Verhalten im Arbeitsverhältnis? usw. u. w. Selbsterkenntnis ist der erste Schritt zur Besserung. Gutes Beispiel wird stets Nachahmung finden.

Betrachtet man, wie lose manche Organisationsgebilde noch sind, betrachtet man ferner, welche Massen der Organisation noch völlig fernstehen, so wird man verstehen, weshalb sich die Gewerkschaftsführer in der Behandlung der Frage des Massenstreiks eine gewisse Reserve aufstellt haben. Unsere „unverantwortlichen“ Kritiker sollten deshalb lieber die bloße Behauptung vom „Brennen“ unterlassen. Was sie Brennen nennen, ist weiter nichts als das Resultat vernünftiger, sachlicher Erwägungen, die um so mehr am Platze sind, je näher wir dem Stadium der Reife entgegengehen. Natürlich soll die Kritik nicht eingeschränkt oder gar unterbunden werden, aber unsere überaktiven Stimmer und Dränger dürfen die Bewegung nicht auf Abwege drängen, welche gar zu leicht an den Abgrund führen können. Sie müssen eben einsehen und verstehen, es auch andern begreiflich zu machen, daß der gegenwärtige Zustand das Objekt von jahrhundert- und jahrtausendelangen Ueberlieferungen ist, der sich im Sandumbruch nicht beseitigen läßt. Eine solche Umwälzung erfordert eben die intensivste Arbeit mehrerer Generationen. Bequemer, leichter und — dankbarer ist es freilich, begeisterte Reden zu halten und den leitenden Kreisen und Personen am Zuge zu sitzen. Oft hören wir, die Gewerkschaftsführer sind Plauderer. Das stimmt nicht, aber so mancher Augenblick glaubt operieren zu müssen gleich einem Windmüller. Es ist eben schwer, Menschen für einen Kampf zu begeistern, dessen Erfolg in jenseitiger Zukunft liegt. Hierin liegt der „langsame“ Fortschritt der Bewegung begründet. Doch wenn die Agitation unter diesen Umständen auch noch so schwierig ist, müssen wir uns doch hüten, falsche Hoffnungen in den zu Werben oder Angeworbenen zu erwecken. Enttäuschungen werden uns und ihnen dann erpart bleiben. Als die „110“ in den Reichstag zogen, glaubten manche, nun sei das rote Zeitalter angebrochen. Erwartungen wurden an diesen parlamentarischen Erfolg geknüpft, die, als sie nicht erfüllt wurden, einen Generalstreik umschlugen. Dem größten Optimismus folgte ein noch größerer

Pessimismus. Und dabei lag von vornherein klar auf der Hand, daß eine so sprunghafte Entwicklung, wie sie die Reichstagswahl von 1912 zeitigte, einen vorübergehenden Stillstand bezog. Ein Abflauen im Gefolge haben mußte. Sönnen wir deshalb unsern Begnern unbesorgt die kleine Freude, daß die Sozialdemokratie ihren Höhepunkt überschritten, daß sie „eine vorübergehende Erscheinung“ ist, und wie die Prophezelungen noch alle lauten. Geben wir uns in dessen keinen übertriebenen Klagen hin. Eine jede Bewegung ist Schwankungen unterworfen und auch die unsre wird eine aufwärtsgerichtete Wellenlinie bleiben. — Hemmen wir ihren Aufstieg nicht durch ungerichte Kritiken. Durch sie werden die Massen nur vom Kern der Sache abgelenkt und ihre Urteilskraft getrübt. Schließlich wird auch die Arbeitsfreudigkeit für unsre große Sache aufs ungünstigste beeinträchtigt.

Der Massenstreik ist mehr eine Frage der Zeit, als eine prinzipielle. Im Prinzip hat sich wohl noch keiner dagegen gewandt. Warum sollte der Streik, der auf wirtschaftlichem Gebiete schon so manchen Erfolg gezeitigt, nicht auch auf politischem Gebiet erfolgreich angewandt werden können? Uebersehen darf jedoch nicht werden, daß die für die Stilllegung des ganzen Wirtschaftapparates wichtigsten Gewerbe, die großen Verkehrsinstitute Post, Eisenbahn, Kraft- und Lichtwerke sich in staatlicher und kommunaler Regie befinden. Ob in absehbarer Zeit auf die Staats- und Gemeinbedarfer zu rechnen sein wird, läßt sich schwer beurteilen. Hoffen wir für den gegebenen Fall das Beste. Doch selbst wenn es uns fürs erste nur gelänge, die Privatbetriebe stillzulegen, so bedeutete das für uns einen Erfolg, der für die nachmalige Entwicklung von größter Bedeutung wäre. Der augenblickliche Erfolg bestände sicher in der Anerkennung unserer Forderung. Dafür würde schon das Unternehmensum sorgen, natürlich „der Not gehorchend, nicht dem eignen Trieb“. Der Profitausschlag würde sie veranlassen, einen Druck auf die Regierung auszuüben, um sie zum Nachgeben zu zwingen, oder richtiger gesagt, ihr das Nachgeben zu erlauben. Denn letzten Endes ist ja die Regierung nur die ausübende Instanz der Kapitalgewaltigen. — Hat aber das Proletariat erst einmal seine Kraft erlangt, dann wird es sie auch hier und bis zu seiner völligen Befreiung anwenden.

So nahe das Gelingen des politischen Massenstreiks uns ans Endziel bringen kann, so weit kann uns eine Niederlage zu rücken. Deshalb muß der Kampf so gut vorbereitet werden, daß ein Mißerfolg ausgleichlos erlöschend muß. Jeder fange bei sich zuerst an. Erst gilt es den Eigennutz in der eigenen Brust niederzuringeln, dann den Eigennutz anderer. Erst Selbstbewußtsein — dann Klassenbewußtsein. Selbstbewußtsein ist die Vorstufe zum Klassenbewußtsein. Einer Schaar solcher Kämpfer kann keine Macht der Erde widerstehen. Je mehr unsre Reihen mit solchen Kämpfern angefüllt werden, um so weniger werden sich unsre Gegner auf einen Kampf mit uns einlassen. Sie werden unsre Forderungen ohne Kampf erfüllen.

Sollten es aber die Machthaber wagen, unser Wachstum durch Gewalt aufhalten zu wollen, etwa durch Beseitigung des Koalitionsrechtes oder anderer Grundrechte, so wird ein Volkstum losbrechen, der auch die Trägsten und Gleichgültigsten auf die Beine bringen wird. Was jahrzehntelange Agitation nicht zuwege gebracht hat, würde eine solche Gewaltspolitik mit einmal aus der Erde stampfen. Dem Proletariat das Koalitionsrecht rauben, hieße dem Reich das Wasser entziehen. Das Koalitionsrecht ist das Element, vermittelst dessen wir unsern Aufmarsch vollziehen. Es bis aufs äußerste auszunutzen ist unsre zünftigste liegende Aufgabe.

Doch auch als Angriffswaffe kann der Massenstreik in Frage kommen, und zwar je eher, je früher die Vorbedingung, über organisierte Massen zu verfügen, erfüllt ist. Deshalb sollten alle Freunde unsrer Bewegung unermüdetlich in der Organisationsarbeit weiter wirken. Bangsam aber sicher werden wir dann ans Ziel gelangen. Und erreichen wir es persönlich nicht — was will das sagen. Wie viele tapfere Kämpfer vor uns teilten das gleiche Schicksal. Wo wäre unsre Bewegung, auf welcher Kulturstufe ständen wir heute, wenn sie nicht in rastloser, selbstloser, aufopfernder Weise den Boden bereitet hätte, auf dem fortzuarbeiten unsre heiligste Pflicht ist. Haben sich unsre Vorkämpfer um die Auskaat verdient gemacht, so wollen wir nach einem ebenso gemeinnützigen Leben mit dem Bewußtsein scheiden, den Reifeprozess des sozialistischen Zukunftsideals befördert zu haben. Deshalb fort mit allen Klagen über das „Schneidentempo“ und hurtig Hand angelegt an das große Befreiungswort der Arbeiterklasse.

Die deutschen Gewerkschaften im Jahre 1912.

III. (Schluß.)

Als generische Gewerkschaftsrichtungen kommen hauptsächlich zwei Gruppen in Betracht, die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften, seit 1899 zentralisiert, und die christlichen Gewerkschaften, seit 1890 zu einem Gesamtverbande vereinigt.

Die Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften haben den schweren Verlust, den der Austritt des Vereins Deutscher Kaufleute ihnen brachte, noch nicht wieder überwinden können. Ihre Mitgliederzahl ist von 107 740 auf 109 225, also nur um 1485 oder 1,37 Prozent gewachsen. Eingegangen sind die Organisationen der Gärtner (1911: 20 Mitglieder), Kaufleute (100) und Wäger (54 Mitglieder); neue Organisationen wurden nicht gegründet oder aufgenommen.

Die Gewerkschaften hatten seit 1900 im Jahresdurchschnitt Mitglieder:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	91 681	1907	108 889
1901	96 785	1908	105 038
1902	102 851	1909	108 028
1903	110 215	1910	122 571
1904	111 889	1911	107 740
1905	117 097	1912	109 225
1906	118 508		

Von den einzelnen Gewerkschaften zählten im Jahre 1912 Mitglieder: die Maschinenbauer und Metallarbeiter 44 804 (+ 894), die Textil- und Handarbeiter 17 997 (- 221), die Eisenbahner Württemberg 8000 (- ?), Textilarbeiter 6225 (+ 120), Holzarbeiter 5411 (+ 17), Schuhmacher und Lederarbeiter 5150 (+ 120), Schneider 4089 (+ 119), Bergarbeiter 3156 (- 789), Brauer 2434 (+ 185), Zigarren- und Tabakarbeiter 2017 (- 44), Maler, Radierer 1703 (+ 80), Töpfer, Ziegler 1458 (- 82), Gemeinbedarfer 1324 (+ 41), Eisenbahner, Breslau 1300 (+ 100), Bauhandwerker 1150 (+ 100), Kellner 688 (+ 595), Frauen und Mädchen 688 (- 82), Selbständige Ortsvereine 550 (+ 370), Bildhauer 317 (- 19), Wäger und Konditore 300 (+ 88), Koffer 54 (+ 2), Knecht 80 (- 3), Gärtner (- 20), Kaufleute (- 100) und Wäger (- 54).

Die Gesamteinnahmen der deutschen Gewerkschaften werden auf 2 788 841 Mk., die Gesamtausgaben auf 2 945 310 Mk. und die Gesamtvermögensbestände auf 1 828 851 Mk. angegeben. In diesen Ziffern sind aber nicht allein die Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaften enthalten, sondern auch diejenigen der organisch getrennten Kranken- und Begräbniskassen, denen auch andere als Gewerkschaftsmitglieder angehören.

Die Ausgaben der Gewerkschaften für Arbeitslosenunterstützung betragen 228 777 Mk., für Krankenunterstützung 18 412 Mk., für Unfallunterstützung 20 886 Mk., für Unfallunterstützung 34 195 Mk. und für Invalidenunterstützung 10 588 Mk., für Streikunterstützung 248 889 Mk., für Bildungszwecke 22 195 Mk., für Agitation und Reisen 206 288 Mk., für Generalversammlungen und Konferenzen 11 847 Mk., für Zeitungen 122 000 Mk., für Verwaltungskosten 388 210 Mk., für Arbeitsvermittlung, Drucksachen und Agitationsmaterial 34 270 Mk., für Beiträge an Ortsverbände und Gewerkschaftsverbände 47 571 Mk. und für Rechtschutz 11 701 Mk. Für Krankenunterstützung und Beihilfe in Sterbefällen, den Unterstütsungsarten, deren Ausgaben wahrnehmlich groß oder doch zum größten Teil den Kranken- und Begräbniskassen der Gewerkschaften zuzurechnen sind, waren die Ausgaben 766 530 Mk. und 119 932 Mk. Man darf also nach diesen Angaben die wirklichen Gesamtausgaben und dementsprechend auch die Einnahmen der Gewerkschaften um etwa 866 000 Mk., also um etwa 40 Proz. reduzieren.

Die christlichen Gewerkschaften geben für das Jahr 1912 eine durchschnittliche Mitgliederzahl von 344 887 (1911: 340 957) an. Die Zunahme beträgt also im Jahresdurchschnitt 8730 und bis Jahresabschluss 356 oder 1,08 bzw. 0,10 Proz., bleibt also weit hinter derjenigen der freien Gewerkschaften zurück. Diese Ertragsung mag für die christlichen Gewerkschaften, die sich die Aufgabe gestellt haben, als rettender Damm gegen die Hochflut der „sozialdemokratischen“ Gewerkschaften zu dienen, recht schmerzhaft sein, ganz besonders schmerzhaft im Berichtsjahre, in dem es ihnen gelang, eine so ausfallsvolle Lohnbewegung im deutschen Bergbau durch ihren Verrat zunächst zu machen und die Sache der Bergarbeiter auf Jahre hinaus zu lähmen. — Sie beweist indes, daß die deutsche Arbeiterklasse das Wesen der Gewerkschaften richtiger beurteilt, als dies im Lager der christlichen Führer und ihrer römisch-katholischen Drahtzieher geschieht.

Die christlichen Gewerkschaften verzeichneten seit dem Jahre 1900 an Mitgliedern:

Jahr	Mitgliederzahl	Jahr	Mitgliederzahl
1900	159 770	1907	354 760
1901	160 772	1908	264 519
1902	179 769	1909	270 751
1903	192 617	1910	295 129
1904	207 484	1911	340 957
1905	205 082	1912	344 887
1906	820 248		

Die Mitgliederzahlen der einzelnen christlichen Gewerkschaften betragen:

Die „Steine“ der Sächsischen Schweiz.

Die Sächsische Schweiz hat keine gewaltigen, mit ewigem Schnee bedeckten Bergriesen, um deren einsam ragende Gipfel Adler kreisen, und keine kristallklaren Seen wie die eigentliche Schweiz. Aber ein hat sie, das ihr eine einzigartige Schönheit verleiht: das ist die phantastisch-groteske Formation ihrer Gesteinsmassen. Und diese Steine reden zugleich die Geschichte des Wandens dieser Schönheit. Sie erzählen von der jahrhunderttausendelangen Arbeit des Wassers, das nicht ruhte, bis die heutige Gestalt der Sächsischen Schweiz geschaffen war. Das Ruinenschaufel, „Romantische“, was wir sehen, ist das Ergebnis eines rastlos vorwärtsdringenden Zerkleinerungsprozesses.

Alle diese „Steine“, der Königstein, Lilienstein, die Bärensteine, die Bastei usw., waren reinste einmal loser Sand, über den das weite Meer dahinstülpte. Das Meer hat den Sand aufgetürmt, bis er zu Sandstein wurde, Schicht auf Schicht, bis die ganze Masse, der Elbsandstein, entstand, das Baumaterial der Sächsischen Schweiz. Ganz Norddeutschland war damals — in der Kreidezeit — vom Meer überflutet, das hier an der Küste Sand anschwemmte.

In jener Zeit begann aber auch die Bildung der umgebenden Gebirge, des Erzgebirges und des Rauscher Gebirges, durch Einwirkung der festen Erdkruste infolge Abkühlung des Erdinnern. Der einstige Meeresgrund wurde gehoben, das Meer ging zurück und das Gebiet der Sächsischen Schweiz wurde frei als ein einziger gewaltiger, erhärteter Sandboden. Damals zog noch keine Elbe durch diesen Boden ihre Bahn. Kein Königstein oder Lilienstein erhob sich aus der Ebene. Aber gespalten und zerrissen wurde diese Ebene durch innerirdische Hebungen und Senkungen bei der Bildung der umgebenden Gebirge. Und in diese Spalten und Risse drang nun von oben her das Regenwasser ein und löste in millionenfähriger Tätigkeit den Sandstein wieder zu Sand auf und trug ihn mit fort. Die ein Risse arbeitete das Wasser in den Spalten, indem, sprengend, die einzelnen Quadern durch Gefrieren auseinanderdrückend, die schmalen Spalten zu freien Klüften erweiternd, Höhlen und weite Kessel bildend, bis schließlich der gewaltige Sandboden zu einer Vielzahl der grotesksten Felsbildungen zerrissen war. Das ist das Charakteristische dieses Gebirges, daß es nicht von unten her seine Gipfel in gewaltiger Bewegung der Erdkruste gehoben bekam, son-

dern von oben her durch die äße, lebendige Kraft des Wassers gewiffermaßen herangetragen wurde.

Wenn wir von der Bastei das Land überschauen, sehen wir die Würfel des Königsteins und Liliensteins vor uns. Die plattgebildeten Gipfel dieser Berge lehren, daß auf dieser Höhe einst die Oberfläche des gewaltigen Sandsteinblockes sich befand, und daß alles, was dazwischen heute steht, vor der nie rastenden Tätigkeit des Wassers losgelöst und fortgeschwemmt wurde.

Als das ganze Gebiet noch vom Meer überflutet wurde, gab es noch keine Menschen auf der Erde. Die Säugetiere waren nur spärlich vertreten. Dafür aber lebten im Meere und auf dem Sande riesige Reptilien aus der Verwandtschaft unsrer heutigen Krokodile und Eidechsen. Durch die Wüste flatterten gespenstische Vögel-eidechsen, den Drachen der Sage vergleichbar.

Tropisches Klima herrschte hoch hinauf bis nach Norden. In der Gegend des heutigen Büchsen wuchsen üppige Palmen und Farnwälder. Die prächtigen Magnolien entfalteten ihre herrlichen Blütenblätter. Das war vor Millionen von Jahren. Dann trat eine neue Epoche ein. Die „Eiszeit“ verwandelte die Flora und Fauna dieser Gegend zu einer neuen, ganz andern Welt. Von Schweden und Norwegen her überzogen gewaltige Eisgletscher das ganze heutige Norddeutschland. Das Riesengebirge bedeckte sich mit ewigem Schnee. An Stelle von Antilopen und Affen bevölkerten jetzt Neandertaler, Mochoschoten und Eisliche die Gegend unter der Herrschaft des gewaltigen Mammut. In dieser Zeit taucht auch zum erstenmal der Mensch in dieser Gegend auf, der mit Steinwerkzeugen auf jene Tiere Jagd machte. Welche tiefen Wirkungen in der Eiszeit durch die Gletscherbewegungen auf die zerklüftete Elbsandsteinmasse ausgeübt wurden, kann man sich vorstellen, wenn man die gewaltigen, einsam liegenden Blöcke sieht, die durch die Gewalt des Drucks losgelöst und weit mit fortgeführt wurden.

Aber auch diese Periode ging wieder vorüber. Es wurde wieder wärmer. Alldemals nahte die Zeit, wo die menschliche Geschichte anfängt. Während all dieser langen Zeit und aller dieser Umwandlungen geht eine Arbeit rastlos weiter: die Arbeit des Wassers, den gewaltigen Sandsteinblock der Sächsischen Schweiz wieder zu dem zu machen, was er anfänglich war, zu losem Sand.

Der heute durch den Urmarsch oder Amelsgrund wandert, der stetig mitten hinein in den äßen gigantischen Kampf des Wassers mit dem Stein. Wie oben auf der Fläche des Steins der Regen

fällt, sickert er durch Tropfen um Tropfen, bis er den ganzen Fels in brüchiges Netzwerk verwandelt hat. Deutlich sehen wir diese Arbeit des Wassers, wenn wir die zahlreichen Höhlen an den Seitenwänden der Felsen und den überhängenden Blöcken betrachten. Erst sind es wenige kleine Löcher, die sich aber mehr und mehr vergrößern und vermehren. Die trennenden Zwischenwände brechen schließlich ein. Es bilden sich große Kellen bis zu dreißig und mehr Meter Tiefe und nahezu zwanzig Meter Breite.

Diese Höhlen durchbrechen endlich große Felsmassen und bilden sich zu großen Löchern um. In plötzlichen Katastrophen kommt es, wenn das Wasser, das sich in den Felspalten angesammelt hat, im Winter gefriert. Dann drängt das Eis die Felsen auseinander, bis eine solche Wand oder ein Quader das Uebergewicht bekommt und abstürzt. Geht das Zerkleinerungswort so weiter, dann bilden sich schließlich große, weite Kessel, die nur noch durch schwache Wände getrennt sind. Auch diese Wände zerbrechen teilweise, bis nur einzelne gewaltige Felspfiler übrig sind, die dann gleich Ruinen und entgegengesetzten sind.

Die grotesksten Felsgebilde der Bastei und des Passensteins führen uns die Repliken solcher Zerkleinerungswörter besonders plastisch vor das Auge. Aber auch König- und Lilienstein usw. sind auf diese Weise entstanden. In millionenfähriger Tätigkeit hat das Wasser so die dazwischen liegende Sandsteinmasse aufgelöst und mit fortgeschwemmt, bis die Formation der heutigen Sächsischen Schweiz geschaffen war.

Aber auch die letzten stehengebliebenen Ueberreste des ehemals gewaltigen Sandsteinblockes der Kreidezeit werden unausgeseht von der nivellierenden Macht des Wassers bedrängt, bis auch sie einst als loser Sand dem fernem Meere zugeführt sind.

Man hat vielfach angenommen, daß die Elbe bei ihrem Durchbruch nach Norden die Formation der Sächsischen Schweiz geschaffen habe. Dem ist, wie wir gesehen haben, nicht so. Wie das Elbtal selbst sich gebildet hat, darüber sind die Ansichten noch sehr geteilt.

Einige Geologen nehmen an, daß bei der Hebung der Gebirge sich durch den Sandsteinboden der heutigen Sächsischen Schweiz ein flachender Spalt gebildet habe in der Richtung des Elbtalles, durch den dann das Wasser des böhmisches Mittelgebirges und des Riesengebirges nach Norden abgeschossen sei. Aber eben auf dem Elbsandsteinplateau sind Spuren vorhanden, daß die Elbe einst auf dieser Höhe gestiegen sein muß. Lehm, Sand und Schluffe lagert

Eisen und Stahl.

Jetzt gehen wir in das Gerieße des tüchtigen Eisens. Dort drüben die Zufahrtseisenbahn der Eisenbahn, an der andern Seite des 30 000 Arbeiter beschäftigenden Werkes der Kanal, beide bringen die Eisenerze aus Schweden und Spanien.

Der wichtigste Vorprozess bei der Eisen- und Stahlerzeugung ist, das Erz in solche Höhe hineinzubringen, daß es aus dem Gestein herausgeschmilzt, flüssig wird. Diesen Zweck zu erfüllen, ist Aufgabe des Hochofens. Hier steht ein halbes Duzend solcher kapitalistischer Bestehungsstücke, riesenhoch in die regnerische Luft greifend, nebeneinander. Diese Hochofens sind oben offen, hier wird abwechselnd Koks und Erz hineingeworfen. Gewaltige, in besonderer Maschinenhalle stehende Gebläsemaschinen treiben in mächtigen Nöhren komprimierte Luft weit über den Hof hinweg in riesenhafte eiserne Röhren, die Wind der Höhe. Von da aus braust die fürchterlich erhitzte Luft durch Windböfen in den Hochofen hinein.

Wir klettern auf einen Hochofen alter Konstruktion hinauf zur Plattform. Wir gehen gerade an dem mächtigen Zuführungsvorkehrer für die erhitzte Luft vorbei, zum Greifen nahe steht neben uns der gewaltige eiserne, den Wind erhaltende Turm — plötzlich ein wütendes Brausen — ich halte mich am Geländer fest. Das Riesenrohr zittert leise, mitunterlang ist kein Wort zu verstehen. Jetzt rast, zwei Meter von mir entfernt, die glühend heiße Luft im Nohre entlang zum Hochofen. . . Die Plattform des Hochofens ist ganz mit Eisenplatten belegt. In der Mitte sehe ich einen gewaltigen geschlossenen Trichter, durch die Röhren qualmt es braun und giftig heraus. An den Hochofen ist eine ganze Schichtlast angehängt, hier kommen die mit Koks oder Erz gefüllten Wagen herauf. Sie werden von Arbeitern bis an den Trichterrand herangeführt und ausgekippt. Jetzt ist der Trichter bis an den Rand gefüllt mit eisenhaltigen Erzen. Ein Wind, wir treten rasch auf die Windsetze, ein Arbeiter geht an das über den Trichter greifende Gerüst, zieht an einer Kette und der Hüllenschlund tut sich flammend und Rauch davonpfeifend vor uns auf. Die Erladung ist im Saug des Hochofens verschwunden, der Trichter schließt sich, schon wird wieder Koks hineingeführt.

Zu solchem Hochofen gehören als Bedienung 70 bis 80 Arbeiter. Nebenbei stehen modernere Hochofen. Ein gewaltiges eisernes Gerüst geht von der Erde aus schräg hoch bis weit über die Hochofenmündung hinaus. Unten kommen auf Eisenbahngleisen flache Wagen an, auf jedem stehen zwei gewaltige eiserne Trichter ohne Mundstück. Die Trichter sind mit Koks oder Erz gefüllt. Aus jedem Trichter ragt ein starker eiserner Arm hervor, der in einen Riesenhafen ausläuft. Unter mir, im offenen Kellergeschoß kommen die Wagen mit ihren zwei gefüllten Trichtern angerollt, sie fahren auf eine elektrisch betriebene Schiebebühne, die sie quer nach vorn zum Fuße des gewaltigen schräg aufwärts steigenden Eisengerüstes bringt. Es ist eine Besichtigungsanlage. Weit über mir in einem kleinen Häuschen steht der Maschinist. Mit dem feinen Gefühle der menschlichen Hand wird nach kurzem Spiel der Haken eines gefüllten Trichters gepackt, schon schwebt er rasch schräg nach oben, er ist senkrecht über der Mündung des Hochofens, plötzlich schlagen gewaltige Flammen zum Himmel, der Trichter hat sich gesenkt und seine Ladung herausfallen lassen. Eine Minute später gleitet er wieder nach unten. Zu dieser Art Hochofen sind 20 bis 30 Mann notwendig. Jetzt werden Hochofen gebaut, die in der Hauptfläche nur noch fünf Arbeiter brauchen sollen, die Greifer, Schieber, Schleppler und Befehlsfähige zu regieren haben werden.

Wir gehen auf die andere Seite des Hochofens. Hier stehen Hochofenarbeiter — sie haben zwölfstündige Arbeitszeit — und bemühen sich, in der schrägliegenden Sandfläche einen Kanal herzustellen. Aus dem Fundament des Hochofens wird ein Pfosten losgeschlagen, die Arbeiter springen zur Seite, in armdicken Strahlen läuft, wasserhell und weißgelblich, flüssiges Eisen im Sandkanal entlang. Er macht eine Biegung nach links und plötzlicher unter einem Geländer weg seinen Eisenfluß in weitem Bogen frei nach unten. Da unten auf dem Eisenbahngleise steht ein Wagen und auf ihm ein riesenhafter Eisentopf, dessen Waudungen vielleicht zwanzig oder dreißig Zentimeter stark sind. Da hinein plätschert das Eisen.

Die Arbeiter verteilen mit einer Stoßmaschine das Koch des Hochofens, der freitragend voll glühender Nahrung für kapitalistische Montanriesen wird mit einer rasch herangekommenen Dampfmaschine weit über das Gelände zum Stahlwerk geschleppt.

Wir gehen unter Duzenden von gewaltigen eisernen Röhren — Lungenlände für die Hochofen — hinweg in ein hallenartiges Maschinenhaus. Hier arbeiten zu sechzehn in einer Reihe aufgestellt große Gebläsemaschinen.

Die sechzehn Maschinen treiben in die Windgebläse die komprimierte Luft hinein, die vom Hochofen aufgefängenen glühenden Gichtgasen fassen nur durch dünne Wände von ihr getrennt, immer auf uns ab an ihr vorbei, ihr die eigene glühende Hitze mitteilen. Von dort aus fauchen die lebend heiß gewordenen Winde durch die Windböfen in die loderbende Eisenglut hinein.

Wir gehen weit über das Gelände, dort stehen die Hochofen, die dazu benutzt werden, das Rohmaterial für Schmiedeeisen herzustellen. Und wieder fließt das rohe Eisen gleich Wasser durch den Sandgraben. Hier aber in eine große offene Halle, deren Dach mehr höher als Ziegel hat. Der ganze Boden ist mit Sand bedeckt, er ist überall zu kleinen parallel laufenden Gräben gezogen, hier hinein fließt das Roheisen, um bald nur noch dunkelrot zu glühen und dann grober schwarzer Eisenballen zu werden. Beschäftigte Arbeiter, in Sackleinwand und Leder gehüllt, steigen in dieser fürchterlichen Hitze herum, vorsichtig und doch geküßt, sie müssen dem noch flüssigen Eisen den Weg säubern, sie haben die Roheisenbarren zu stoßen, zu zerbrechen — dafür zu sorgen, daß die Eisenmasseln, das Vorprodukt zum Schmiedeeisen, sich richtig forme. Wir gehen nach drüben in die große Bessemerlei.

Hinter geht es eiserne Treppen hinauf.

Hinter mir tönt ein kurzes energisches mehrmals wiederholtes Glockengeklänge, nach einem Blick in die Höhe springt man schnell beiseite. Aber uns hinweg fährt mit mittlerer Straßenbahngeschwindigkeit ein mächtiger Kran, der einen solchen Riesenmaß gepackt hält, wie wir sie beim ersten Hochofen schon gesehen haben. Der Raps ist voll glühenden flüssigen Eisens. In der halben Höhe der Halle zieht sich eine Art Bühne entlang. In dieser Laufbühne halb eingelenkt erkenne ich sechs gewaltige Riesenbirnen, die mit dem offenen Munde nach oben stehen. Am Bühnrand erstreckt sich der gefüllte Riesenmaß, Arbeiter mit mächtigen Eisenstangen rücken heran, der Raps kippt ein klein wenig nach vorn. Die Eisenproletarier zerrn die Schlade von der Oberfläche des flüssigen Eisens hinweg, sie klatscht nach unten. Der Riesenmaß hängt schon wieder gerade, er wird ein Stück höher gehoben und kommt quer über die Bühne auf eine der Eisenbirnen zu. Die Bessemerbirne macht eine leichte Bewegung nach vorn, ihr rundes Mundloch hat sich mit der etwas vorstehenden Unterlippe unter den Ausfluß des Riesenmaßes geschlossen, dieser kippt langsam, jetzt schon rascher, und in mächtigem Strome ergießt sich das flüssige Eisen in den Konverter. . . der leere Raps saukt davon. Die Birne hat sich schräg nach oben gerichtet, sie sitzt an einer Achse, die scheinbar mitten durch sie hindurchgeht. Schräg über mir ist wieder die ganze Halle mit Sehm besäumlert; aus dem offenen Riesenmund schiebt ein Riesenstrahl nach der Hallendecke hinauf. Der die Bessemerbirne bedienende Arbeiter hat in diesem Moment ein mächtiges Windgebläse ange stellt, das durch das flüssige Eisen den Luftzug hindurchtreibt und so eine Entlohnung des Hochofens herbeiführt. Der Verbrennungsprozess wird unterbrochen, jetzt kommt ein geschmolzenes Spiegeleisen, glühendes Ferrumangan oder Siliciumeisen in den Konverter zur Mischung mit hinein, noch einmal faucht das Flammenbündel in die Höhe, plötzlich ist es abgestellt, die Birne bleibt ruhig stehen. Der Stahl ist flüssig fertig.

des § 116 der Gewerbeordnung von 1869 die Bestimmung an: Die gesetzliche Verpflichtung zur Führung von Arbeitsbüchern ist aufgehoben. Damit bewies Bebel gegen die Sozialdemokratie ermunternden Weise, daß dessen Behauptung: an eine gesetzliche Einwirkung sei nicht zu denken, auch angesichts der in den ersten Anfängen stehenden Arbeiterbewegung und für die Frühzeit des deutschen Parlamentarismus keine unbedingte Geltung hatte.

Bebels Erfolg ist auch nach seinem sachlichen Wert nicht gering anzuschlagen. Das Arbeitsbuch bedeutete einen gesetzlichen Ausnahmezustand für die Arbeiter, dem sie im Gegensatz zu allen anderen Berufsständen allein unterworfen waren. Das mit der Arbeiterbewegung erwachte und erfreulich erstarkende Selbstbewußtsein des Arbeiters protestierte gegen diese staatsbürgerliche Ungleichheit und Bevormundung und empfand die Abschaffung des Arbeitsbuchs als einen nicht nur das materielle, sondern auch das moralische Interesse der Arbeiterklasse währenden Akt der Gerechtigkeit. Das Arbeitsbuch war ein Mittel zur Kontrolle und Abhängigmachung des Arbeiters vom Unternehmer, der es ihm bei Streitigkeiten über Auflösung des Arbeitsverhältnisses vorenthalten und dadurch den Eintritt in eine neue Arbeitsstelle erschweren konnte. Außerdem diente es zur Spitzierung, konnte vermittelst Kennzeichnung durch geheime Zeichen zur Berufsverleumdung mißbraucht werden und legte den Arbeiter „an die Fußkette polizeilicher Legitimation“. So erklärte sich, daß, trotzdem das Arbeitsbuch durch die vorgeschriebenen Eintragungen, die Verpflichtung zur Aufbewahrung und dergleichen mehr für die Unternehmer Beschäftigungen mit sich brachte, und bei raschem und zahlreichem Arbeitswechsel speziell der Großindustrie un bequem werden konnte, reaktionäre Vorkämpfe gegen die liberale Gewerbeordnung wiederholt darauf gerichtet waren, den für die Arbeiter erzielten Erfolg ihnen wieder zu entwinden. Wenn es auch nicht gelang, die Wiedereinführung einer allgemeinen Verpflichtung zur Führung des Arbeitsbuchs durchzusetzen, und diese Forderung an starkem Widerstand scheiterte, immerhin erreichten jene Anstrengungen, daß im § 107i der Gewerbeordnung das Arbeitsbuch für minderjährige Personen zur Vorschrift geworden ist.

Mit der Umwandlung des Reichstages des Norddeutschen Bundes in den Deutschen Reichstag wuchs die parlamentarische Arbeit extensiv und intensiv von einer Session zur andern in außerordentlichem Maße. Entsprechend der Entwicklung der Sozialdemokratie und den mit der Größe der Partei steigenden Pflichten beteiligten sich ihre Vertreter an dieser Arbeit, Bebel immer voran. Für die Fragen der Sozialpolitik war er lange Zeit in seiner Fraktion ohne namhafte Unterstützung. Aber auch nachdem ständige sozialpolitische Sachmänner, wie Grillenberger, Molkenbührer u. a., in den Reichstag eingetreten waren, und im Verlauf der letzten Jahre mit dem wachsenden Stoff und angesichts der Zahl der sozialdemokratischen Abgeordneten eine Arbeitsteilung und Spezialisierung Platz gegriffen hatte, auf Grund deren die Fragen des Bergarbeiters, Bauarbeiters, Metallarbeiterzuges usw. Sachmännern zugewiesen wurden, die aus diesen Berufsgruppen hervorgegangen und mit ihnen genau vertraut waren, blieb Bebel doch stets das vorwärts-treibende und maßgebende Element.

Die Höhepunkte seiner Wirksamkeit für die Fortbildung des Arbeiterzuges bilden der Gesetzentwurf vom 11. April 1877, den er mit Fröhke u. a. einbrachte und der wesentlich Bebel's Arbeit darstellende Arbeitererziehungsgesetzentwurf, der zuerst in der Session 1884/85, dann wiederum in der Session 1885/86 und in einer Umgestaltung in der Session 1890/92 vorgelegt worden ist.

Diese Gesetzentwürfe, die eine Modifikation der — im wesentlichen noch heute geltenden — Forderungen der Sozialdemokratie an die Arbeitererziehung bildeten, hatten keinen direkten Erfolg, denn keiner von ihnen gelangte zur Beratung. Aber indirekt hatten sie die Wirkung, daß sie die andern Parteien auf den Plan riefen, die zeitweilig, um ihre — nicht immer ernst gemeinte — Arbeiterfreundlichkeit zu beweisen, geradezu sozialpolitische Wettrennen veranstalteten. Sie hatten ferner die Konsequenz, daß die Regierung unter dem bedrohlichen Anwaschen der Sozialdemokratie und der bei den Reichstagswahlen für sie abgegebenen Stimmen sich zu gesetzlichen Reformen freilich völlig ungenügender Natur verstehen mußte. Mit den Erhebungen von 1874 und 1875 über die Verhältnisse der Lehrlinge, Gesellen und Fabrikarbeiter und über die Frauen- und Kinderarbeit in den Fabriken leitete sie das kleine Reformwerk des Gesetzes von 1878 ein. Sodann veranfaltete sie infolge der Anträge auf Beschränkungen der gewerblichen Sonntagsarbeit Erhebungen über die bestehenden Zustände. Aber den auf Grund ihrer Resultate erfolgten Beschlüssen und Resolutionen des Reichstages verfiel der Bundesrat am 19. November 1888 die Genehmigung. In dessen folgten im Jahre 1890 die kaiserlichen Erlasse vom 4. Februar, die Internationalen Arbeiterkongressen und vom März und die Novelle zur Gewerbeordnung am 6. Mai 1890, die zu positiven, aber hinter den Erwartungen des Reichstages und der öffentlichen Meinung wie der in den kaiserlichen Erlässen gegebenen Versprechungen weit zurückbleibenden Ergebnissen führte.

An der sozialpolitischen Tätigkeit des Reichstages zugunsten des Arbeiterzuges und den zwischen den Jahren 1877 bis 1891 liegenden, hierher gehörigen Maßnahmen der Regierung wirkte Bebel unangesehnt mit: durch in der Hauptfrage von ihm verfaßte Gesetzentwürfe und Anträge, Arbeit im Plenum und in den Kommissionen des Reichstages, daneben auch mit schriftstellerischen Arbeiten, z. B. durch seine die Resultate der Enquete behandelnde Broschüre über die Sonntagsarbeit. Wenn auch diese Bemühungen nicht fruchtbarere Arrangements nicht hinausgelangten und ihr Ziel nicht erreichten, so hat Bebel doch in dieser Periode einzelne positive Erfolge gesetzgeberischer Art durchzusetzen vermocht. Sie knüpfen sich an seine verdienstvolle Untersuchung über die Zustände in den Bäckereien.

Bebel verband mit warmerherziger Teilnahme für die Lage der arbeitenden Klasse und insbesondere ihre am meisten nothleidenden Schichten ein lebhaftes Interesse an statistischen Untersuchungen. Daran ging u. a. die Schrift: „Wie unsere Arbeiter leben“ und die: „Der Lage der Arbeiter in den Bäckereien“ hervor. Vom methodisch-historischen Gesichtspunkte hatten beiden Arbeiten notwendigerweise viele Mängel an, da sie weder von einem Sachmann herrühren, noch mit den Mitteln, die derartige Untersuchungen voraussetzen, ausgeführt wurden. Aber die Schrift über die Lage der Bäckereiarbeiter ist nicht desto weniger von hohem Wert. Zunächst zeichnet sie sich durch das Streben nach unbedingter Wahrhaftigkeit aus. Die Probe darauf hat sie bestanden. Die Schrift war so etwas wie Entdeckung von Kenia. Von in höchster Nähe befindlichen und dennoch uns ganz unbekanntem Bezirken brachte sie unerwartete und geradezu schreckenerregende Kunde. Sie machte mit Zuständen bekannt, die so trag waren, daß ihre Schilderung den Eindruck des Unwahrscheinlichen hervorrief. Diese Zustände erregten die Leser nicht nur durch sich selbst. Die Erregung steigerte sich zum Entsetzen, als man aus Bebel's Buch erfuhr, daß das Brot, das jeder von uns täglich verzehrt, unter jeder gesundheitlichen Anforderung geradezu höhnisch-verwendenden Verhältnissen hergestellt wird, die nicht nur die in den Bäckereien in endloser Tages- und Nacharbeit beschäftigten Arbeiter bequemen und verwüsten, sondern auch die Konsumenten in die Gefahr bringen, von ansteckenden Krankheiten befallen zu werden, weil durch die in unansehnlichen Backstuben arbeitenden und häufig an widerwärtigen Krankheiten leidenden Gesellen und Lehrlinge Ansteckungskeime vermittelst des Brotes übertragen werden können. Bebel's Schrift war ein Kampfraß zugunsten der Abstellung von Verhältnissen und Schäden schlimmster Art, und sie forderte nachdrücklich energische gesetzliche Maßnahmen sowohl zum Schutze der Arbeiter des Gewerbes wie des konsumierenden Publikums. Die angegriffenen Unternehmer und die Polizeibehörden, die die haarsträubenden Zustände duldeten, verdächtigen Bebel und warfen ihm tendenziöse Schwarzmalerei vor. Als aber der Bebel'schen eine amtliche Untersuchung durch die Kommission für Arbeiterstatistik gefolgt war, zeigte es sich, daß seine Schilderungen hinter der Wirklichkeit noch zurückblieben. Bebel's Antrag an die Wahrheit sich haltende, vor jeder Uebertreibung sorgsam sich hütende Darstellung erfuhr auf diese Weise eine nicht mehr aufzählbare Anerkennung.

Bergarbeiter 76 988 (— 6600), Bauarbeiter 48 681 (+ 3736), Metallarbeiter 42 644 (+ 1391), Textilarbeiter 39 908 (— 2494), Eisenbahner, Agrarische 26 785 (+ 1), Eisenbahnhandwerker und Arbeiter 20 941 (— 1253), Staats-, Gemeindef-, Verkehrsarbeiter 17 556 (+ 1140), Feldarbeiter 17 280 (+ 1818), Deimarbeiterinnen 8188 (+ 1150), Kesseler- und Steinarbeiter 7111 (+ 808), Tabakarbeiter 7388 (— 400), Weberarbeiter 5756 (— 472), Schneider 4742 (+ 440), Maler 4514 (+ 484), Eisenbahner, Württembergische 3886 (+ 622), Telegraphenarbeiter 3302 (— 27), Buchdrucker (Gutenbergsbund) 2239 (+ 169), Nahrungs- und Genussmittelindustrie 2068 (+ 308), Gesundheitsangelegenheiten 2773 (+ 364), Graphischer Zentralverband 1993 (+ 368), Krankenpfleger 1620 (+ 160), Eisenbahner, Mecklenburgische 987, Gärtner 819 (+ 18).

Die gesamten Einnahmen der christlichen Gewerkschaften sind von 6243 643 Mk. auf 6 608 350 Mk. gestiegen, die Gesamtausgaben von 5 290 781 Mk. auf 5 222 727 Mk. zurückgegangen, die Vermögensbestände von 7 082 942 Mk. auf 8 575 668 Mk. angewachsen. Von den Einnahmen entfielen 50 866 Mk. (1911: 52 550 Mk.) auf Aufnahmehöfungen, 5 066 965 (5 029 651) Mk. auf Beiträge, 30 151 (49 724) Mk. auf Ertragsbeiträge und 551 368 (511 711) Mk. auf sonstige Einnahmen.

Die Ausgaben verteilten sich auf Verbandsorgane 540 973 Mk., Agitation 670 024 Mk., Streit- und Gemäßigtenunterstützung 654 323 Mk., Meise- und Arbeitslosenunterstützung 201 223 Mk., Krankenunterstützung 761 293 Mk., Sterbeunterstützung 205 083 Mk., Rechtschutz 116 703 Mk., sonstige Unterstützungen 57 611 Mk., Bibliothek und Bildungszwecke 133 267 Mk., Gesamtverbandbeiträge 93 382 Mk., Gehälter 170 754 Mk., Verwaltung 250 038 Mk., Anteil der Verbandskassen 1 145 722 Mk., sonstige Ausgaben 203 028 Mk.

Stellt man sich die sogenannten unabhängigen Gewerkschaften und Lokalvereine, von denen für das Jahr 1912 noch keine zuverlässigen Mitgliederzahlen vorliegen, die Ziffern des Jahres 1911 mit 272 517 Mitgliedern ein, so umfaßt die gesamte Gewerkschaftsbewegung im Deutschen Reiche 3 266 819 Mitglieder. Gegenüber dem Vorjahre, in welchem 3 042 203 Mitglieder gezählt wurden, ist eine Zunahme von 224 616 zu verzeichnen, von denen 200 401 oder 93,2 Proz. auf die freien Gewerkschaften entfallen. Die gesamten Einnahmen aller Gewerkschaften betragen 89 628 266 Mark (1911: 80 954 814 Mk.), die gesamten Ausgaben 68 673 714 (1911: 67 629 149) Mk. und die gesamten Vermögensbestände 91 392 295 (1911: 70 875 305) Mk. In diesen Zahlen sind die Einnahmen, Ausgaben und Vermögensbestände der unabhängigen, juristischlichen und lokalen Gewerkschaften nicht enthalten, in den Einnahmen und Ausgaben aber auch diejenigen der Kirch- und Dunderschen Kranken- und Versorgungsvereine.

Im Jahre 1900 enthielten von je 100 Mitgliedern aller drei Gewerkschaftsrichtungen 73 auf die freien Gewerkschaften, 9,8 auf die Gewerksvereine und 17,2 auf die christlichen Gewerkschaften. Im Jahre 1911 hatten die freien Gewerkschaften 80,2, die Gewerksvereine 9,8 und die Christlichen 14,8 Proz. der Mitglieder. 1912 stand das Verhältnis sogar wie 84,8: 9,4: 11,8. So ist der Anteil der gewerkschaftlichen Gewerkschaftsrichtungen trotz aller ihrer gefälligen Agitation, trotz ihrer Zerwürfismärchen und trotz der ihnen von bürgerlicher Seite zuteil gewordenen Unterstützung fortgesetzt im Rückzuge begriffen und den freien Gewerkschaften kann heute weniger als jemals der Anspruch bestritten werden, die wirtschaftliche Vertretung der deutschen Arbeiterklasse zu sein. Damit werden sich unsere Gegner und ihre vermögenden Gönner je länger um so mehr abfinden müssen.

August Bebel als Sozialpolitiker.

Von Dr. Heinrich Baum.

Bebel handelte vom ersten Tage seines Eintritts ins Parlament immer konsequent nach der Maxime, die er später im Moment des höchsten Triumphes seines Lebens — unmittelbar nach dem Fall des Sozialistengesetzes — auf dem Parteitag in Halle ausgeprochen hat. Dort sagte er: „Den ungeheuren Anhang und das Vertrauen in den Arbeitermassen haben wir nur, weil diese sehen, daß wir praktisch für sie tätig sind und sie nicht nur auf die Zukunft des sozialistischen Staates vertrauen, von dem man nicht weiß, wann er kommen wird. Die Arbeiter erkennen in unserer Partei ihre politische Vertretung, weil sie sehen, daß wir schon jetzt nach Kräften dahin wirken, die Lage der Arbeiter, soweit dies auf dem Boden der heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu heben und zu verbessern. Auf diesem Standpunkt haben wir stets gestanden, auf ihm müssen wir ferner stehen bleiben, wenn wir als Partei überhaupt fortbestehen wollen.“

Bebel widerlegte sich im Reichstag des Norddeutschen Bundes aber nicht nur den Marx und Engels übrigen gründlich mißvernehmenden politischen Theorien Ebel's, er führte sie auch gleichzeitig durch einen namhaften, im wesentlichen noch heute nachwirkenden parlamentarischen Erfolg ab absurdum. In der Unentwegtheit seines Standpunktes hatte sich Ebel's auch gegen den Wunsch von jenen mit ihm übereinstimmenden Parteigenossen ausgesprochen, bei Beratung der Gewerbeordnung von 1869 im Hinblick auf das mit ihr verbundene große Interesse der Arbeiter eine „Ausnahme zu machen“. Bebel hatte sich daran nicht gehalten, und wie er schon in dem konstituierenden Reichstage und in den ersten Sessionen des Reichstages des Norddeutschen Bundes ein eifriger Redner gewesen war, betrieb er sich nun mit gesteigerter Interesse an der Beratung der Gewerbeordnung. Sorgsam durchdrachte Anträge brachte er ein und an den Debatten wirkte er lebhaft mit. Einer dieser Anträge betraf die Abschaffung des Arbeitsbuchs. Mit diesem errang er seinen ersten parlamentarischen Erfolg. Am 27. April 1869 stimmte der Reichstag dem Vorschlage Bebel's zu und nahm als zweiten Ab-

auf dem alten Sandstein. Aus diesem Grunde stellen neuere Geologen eine andre Theorie auf. Nach dieser stauten sich die Eis- und Wasserwasser in Nöhnen zu einem großen freien See auf, der immer mehr anwuchs, bis er an der niedrigen Stelle des Eisbündelungsplateaus als Strom über dieses hinwegströmte. An der nördlichen Ecke des Plateaus, ungefähr dort, wo heute Pirna liegt, mündete sich dieser Strom dann in einen gewaltigen Wasserfall in's Tiefland hinunter. Die ungeheure Kraft dieses Falles hat den Stein nach schrägs in's Gestein der Zeit mehr und mehr zertrübt, bis das heutige Profil, das heutige Elbal, durch die eigene nagende Kraft des Wassers gebildet war. Der Wasserfall hatte damit auf. Der große norddeutsche See lag in die so geschaffene Spalte ab. Nach dessen Verschwinden bildete sich aus seinen Ueberresten die heutige Elbe, die durch rasch durch Nöhnen fließt, durch den ausgefüllten Spalt hindurchgeht und so die norddeutsche Ebene erreicht.

Da man aber keine Spuren eines ehemaligen Sees in Nöhnen vorfinden kann, so hat man eine dritte Ansicht durchgeführt. Nach dieser hat in demselben Nöhne, als das Eisbündelungsplateau gebildet wurde, sich die Elbe durch dieses hindurchgefräsen, so daß die Elbe ihren alten Grund behauptete, während zu ihren Seiten das Plateau sich hob. Das sind alle Theorien, über die noch keine vollkommene Klarheit herrscht. Sicher aber ist, daß der Eisbündelung aus Sandstein gebirgen eine Nöhne der jenseitigen Kreuze entstand, daß dieser Sand von Sand und Sand durch die rasche nagende Arbeit des Wassers zu dem weissen und versteinerten Gebirge wurde, das wir heute Sächsische Schweiz nennen.

So ist die Erklärung der Sächsischen Schweiz nicht eigentlich im Wort des Wissenschaftlers, sondern des Bergbauers, aber nicht im Worte eines barmherzigen Bergbauers, sondern wie ein Hüterin den Schatz zu verwahren, um die lebendige Natur heranzubilden, so ist hier die Natur mit dem lebendigen Werkzeug des Wassers aus dem Wort des Bergbauers die schamhafte Schönheit der Sächsischen Schweiz. Umweltschönheiten Bergbauern haben in ihrer Arbeit das Wunder vollbracht — Ein köstliches Beispiel aus der Natur für die romantische Arbeiterlichkeit, das es auch für gemeine und höher gelebte Arbeit und schöpferischen Handel den verschiedenen Seiten der Natur weitergeben kann.

Kollegen! Seid unangesehnt tätig für eure Organisation!

Am 12. August erließen sie folgenden Aufruf, der, in großen roten Lettern gedruckt, durch Maueranschlag den Arbeitern Manchesters bekannt gemacht wurde:

Gerechtigkeit, Friede, Gesetz und Ordnung!
Wir, die Delegierten der verschiedenen Gewerkschaften, nachdem wir vorstehende und gesegneten von den verschiedenen Gewerkschaften gewählt worden waren, versammelten uns abermals in feierlicher Konferenz, um im Auftrag unserer Körperschaften über die Interessen des Volkes zu wachen und sie wahrzunehmen. Wir bitten euch inständig, sich nicht von den Machinationen eurer Feinde verleiten zu lassen; bleibt euren Zwecken und Zielen treu und schließt eure Rechte, wie wir sie im Meeting in der Carpenters' Hall vom 11. und 12. August auseinandergesetzt haben. Eine große Delegiertenkonferenz wird am Montag, 15. August, stattfinden. Wählt Delegierte. Wir verpflichten uns mit ganzem Herzen, in unseren Bemühungen handhaft zu bleiben und unermüdblich für unsere Forderungen zu wirken, bis mit Hilfe des Volkstheaters die Befreiung der Arbeiterklassen von Sklaverei, vom Massenkauf und von den Monopolen vollständig verwirklicht ist. Die Gewerkschaften Großbritanniens haben die Reformbill (1832) durchgesetzt; die Gewerkschaften Großbritanniens müssen auch den Volkstheater durchsetzen.

John Middleton, Vorsitzender.
Am 15. August traten über 100 Delegierte aus Lancashire und Yorkshire in Manchester zur großen Konferenz zusammen. Die große Mehrheit der Redner war für den Charter, aber an die Mittel zur Durchsetzung des politischen Generalstreiks wurde wenig gedacht. Auf Seiten des Charters befanden sich die feurigsten und hinreißendsten Redner, und die ganze durch den Ausbruch des Generalstreiks erzeugte aufgeregte Stimmung sowie der allen sichtbare Druck, den der Massenkauf durch die Entfaltung der Militärmacht auf die Arbeiter ausübte, ließen eine ruhige Behandlung des Generalstreiks als politischen Kampfmittels nicht zu, wohl aber genügt sie, die Lohnfrage in den Hintergrund zu drängen. Die Delegiertenkonferenz war eine Replik des ersten Londoner Konvents vom Jahre 1830. Der Glaube an die Macht der allgemeinen Begeisterung erwies sich stärker als alle Hinweise auf die Notwendigkeit langer Vorbereitungen. Es lagen zwei Resolutionen vor: eine für die Beibehaltung des Lohncharakters, die andere für die Verwandlung des Generalstreiks in einen Kampf für den Charter. Für die Aufrechterhaltung des Lohncharakters für den Generalstreiks stimmten nur 7 Delegierte, für die Verwandlung des Generalstreiks in einen allgemeinen Kampf um den Charter stimmten 53 + 19. Die 19 waren die früher erwähnten Delegierten, die den Auftrag hatten, mit der Mehrheit zu stimmen.

Auf der Chartistenkonferenz in Manchester wurden zwar noch einige Bedenken gegen den Streik erhoben, aber die Majorität stimmte freudig den Gewerkschaften zu.
Der Streik erhielt damit neuen Anreiz und hielt sich bis zur vierten Augustwoche, wo er schließlich abflaute.
Verlassen von ihren Führern, die auseinanderstoben; verfolgt von den Behörden, die Massenverhaftungen vornahm; geblüht vom Elend, das durch den Streik verschärft wurde, kehrten die Arbeiter nach und nach in die Betriebe zurück, aber noch gegen Ende September trug der Streik einen partiellen Charakter. Der ganze moralische Vorteil des Streiks fiel der Anti-Corn-Law-Liga zu, da viele Whigs und Tories sich der Ueberzeugung nicht mehr verschließen konnten, daß die Massen billiger Lebensmittel haben müßten, um mit ihren niedrigen Löhnen einigermaßen auskommen zu können.

Der Höhepunkt des Chartismus war der Beginn des Siegeslaufs des Freihandels und nicht des Proletariats. Dreizehn Jahre später brachte die Kornregierung die Bill zur Abschaffung der Kornzölle ein, wobei Sir James Graham, der Minister des Innern, sagte:
„Das Jahr 1842 brachte uns schmerzhaft und beklagenswerte Erfahrungen: ein Jahr des tiefsten Notstandes und — da wir es hinter uns haben, darf ich erklären — auch der größten Gefahr. Was war die Lage im Jahre 1842? Gestatten Sie mir, das Geheimnis zu verraten. Wir hatten in London mittelmäßige chartistische Meetings in Lincoln's Inn Fields. Massen von unzufriedenen, verbitterten und gefährlichen Elementen bedrohten den öffentlichen Frieden. . . . Und was war die Lage in Lancashire? Alle Maschinen standen still. . . . Ich war unaufhörlich in Verbindung mit den Militärbehörden, die nach allen Teilen des Landes Truppen senden mußten. Meine Kollegen und ich verlebten drei furchtbare Monate, wie wir sie nie zuvor in Bezug auf öffentliche Angelegenheiten erlebt hatten. . . .“

Die zum Freihandel belehrten Minister begründeten hiermit ihre Sinnesänderung.
Auch die Wahlreform hat das englische Volk erhalten, aber nicht als Frucht dieser gemaltigen Anstrengungen, sondern nach einer Periode ruhiger Arbeit in den Gewerkschaften erst 33 Jahre später. Der Chartismus hat sich nach diesen Schlägen nicht wieder erholt, sondern es nur noch zu einigen aufflackernden Kraftentfaltungen gebracht, bis er 1848 ganz vom Kampffelde verschwand. Es soll hier nicht untersucht werden, welche Ursachen den Verfall herbeiführten, uns kam es darauf an, die Rolle zu schildern, die der Generalstreik hier als Kampfmittel spielte. Und da wir aus der Geschichte lernen sollen, wird dieser historisch wichtige Vorgang in der englischen Arbeiterbewegung zu manchen Vergleichen mit unserer Zeit anregen.

Die Macht des Proletariats.

Von Emil Hoff.
III. (Schluß.)
Die Eroberung der Macht, welche sich die organisierte Arbeiterklasse zum Ziel gesetzt hat, unter Ausnutzung aller Mittel, welche in ihrem Interessensbereich liegen, ist notwendig und gewinnt an Durchschlagkraft, je größer die Masse ist, welche an ihr teilnimmt.

Wo wie sieht es aus, Arbeitssünder? Die in den freien Verbänden organisierten Arbeiter sind wohl in der Lage, einen Kampf aufzunehmen, und sie alle fühlen sich dazu verpflichtet, weil sie sich ihrer Lage bewußt sind. Sie sind jederzeit bereit, der immer mehr zunehmenden Unterdrückung das Rückgrat zu brechen.
Aber wieviel energielose Menschen befinden sich in den Reihen des Proletariats? Wieviel machtlose, stetig hin und her pendelnde Arbeiter gibt es, welche sich durch die vom Großkapital gestauten Antriebskräfte in die sogenannten gelben Gewerkschaften drängen lassen? Hunderttausende solcher irreführten Menschen haben sich weniger augenblicklicher Vorteile wegen an Haupt und Händen binden lassen; und die „Führer“ verstehen es meisterlich, die Heloten in Schwanz und Bann zu halten. —

Es sind die größten Industriezweige, welche es fertiggebracht haben, ihre Arbeiter durch Hausordnungsparagrafen usw. so machtlos zu machen, sie so in Abhängigkeit zu bringen, daß sie vorüberhand nicht in der Lage sind, größere Kämpfe, selbst da, wo es äußerst notwendig ist, zu unternehmen.
Ihnen geht es aber nicht allein so. Ein andres großes Hebel liegt in den sogenannten „christlichen“ Verbänden. Wir sind alle davon informiert, welche Rolle dieselben in den Gewerkschaftskämpfen bis heute gespielt haben. — Diesen armen, dumme in acht Arbeitern wird durch so manchen ihrer Führer zugemutet, daß es Christenpflicht ist, denjenigen zu verzeihen und zu verzeihen, der gar nicht einsehen kann, daß Religion mit einem Wirtschaftskampf nichts zu tun hat; daß durch Beten und durch gegenläufige Demut die Ausbeuter sich nicht erweichen lassen des viel heiligen Profites wegen.

Freiwillig bekommen wir doch nichts, darum müssen wir kämpfen bis zur Eroberung unseres Rechts, gewerkschaftlich wie politisch. Das sehen auch so allmählich die von einem Williggefühle ihren Mitmenschen gegenüber geleiteten christlichorganisierten Arbeiter ein. Die resoluten Geister wenden sich nach und nach von ihren „christlichen“ Leitern ab, weil sie gar nicht einsehen

können, warum gerade die mächtig emporkommenden Gewerkschaften, die in voller Blüte stehenden Gewerkschaften und andre von sozialem Geiste durchdrungenen Verbänden durch Verleumdungen und widerliche Mittel in den Schmutz getrieben werden sollen. Ferner werden selbst die rückständigsten Menschen auf die Dauer nicht annehmen wollen, daß die Meinung Senles: „Wer knecht ist, soll knecht bleiben“, aufrechtzuerhalten ist. — Ganz besonders sind es die katholischen Christen, welche unter dem Skolotismus ihrer Striden zu dulden haben, und wer sich ihnen nicht mit Haut und Haaren ergibt, läuft recht oft Gefahr, zu verhungern, wenn er nicht den Freunden der Geistesfreiheit, den Kapitalisten, sich wagt zu zeigen.
Kurz eine kleine Schilderung. Anfang Juli 1918 sind in Bocholt circa 6000 Arbeiter von den christlich-katholischen Zentilbaronen ausgesperrt worden. Die Armenverwaltung hat nun, um das Elend vorzumachen, die Bezirksvorsteher angewiesen, den von der Aussperrung betroffenen Arbeiterfamilien keine Armenunterstützung zu gewähren. In Bocholt herrscht das Zentrum uneingeschränkt. —

Wieviel Heße sich anführen, wie die Kirche und die Kapitalismus überhaupt bestrebt sind, die Massen in Abhängigkeit und Knechtschaft zu halten.
Indem ich nochmals auf den zweiten Teil meines Artikels hinweise, möchte ich betonen, daß wir nichts zu veräumen, keine Zeit zu verlieren haben, wenn wir unsere Macht gebrauchen wollen, bevor unsere Ketten noch fester angezogen werden. Je früher unsere Augen aufgehen, je schneller werden wir uns entwickeln und die Schläge, welche wir von der Reaktion zu erwarten haben, zu parieren wissen. Es wird schon lange darauf hingearbeitet, uns das Koalitions-, das Berechtigungsrecht zu schmälern, wenn nicht ganz zu rauben. — Da dieser Raubzug auch auf das politische Gebiet hinüberspielt, so werden wir in dieser Hinsicht auch gemoppnet sein müssen. Das Kapital ist heute durchaus in der glücklichen Lage, alle Fäden der Regierung in der Hand zu haben und ihr die Wege zu weisen, wie das Proletariat niederzuringen ist. Wir werden gezwungen werden, Kämpfe durchzuführen, unsere Macht zu beweisen, ob wir wollen oder nicht wollen; das Kapital und seine Mächte treiben uns dazu.

Sind wir aber heute schon auf dem Posten und gelingt es uns, die gleichgültigen Arbeitermassen aufzulockern, dann können wir getrost in die Zukunft blicken und die Sprengung der uns umgebenden Ketten vollziehen.

Neht bin ich allmählich in das politische Gebiet eingebrungen, ohne daß ich es wollte. Was nun? Unwillkürlich taucht der Gedanke des Massenstreiks vor uns auf; werden doch die Gewerkschaftskämpfe durch die politischen tatsächlich diktiert. Der Erfolg derselben hängt aber nur davon ab, wie weit die Schulung der Arbeiterherde geblieben ist. Der politische Massenkampf, sich auswachsend zum Massenstreik, wird kommen; er ist unausbleiblich, wollen wir uns nicht der Gefahr aussetzen, aller bis jetzt schwer erkämpften Rechte beraubt zu werden.

Darum muß das Feuer der Bewegung unter unsre abseitsstehenden Arbeitssünder getragen, d. h. der Geist revolutioniert werden.
Und sollten die unterdrückenden Mächte nicht nachgeben und von der Einsicht sich nicht leiten lassen wollen, daß nicht eine kleine Gruppe von Herrenmenschen das Recht nach Willkür hat, Millionen alle Werte schaffender Arbeiter zu unterjochen, dann wird von den aufgeweckten Proletariats, dessen scharfe Waffe das Schwert des Gesetzes ist, einst der Ruf erschallen: millionenfach: Nein, eine Grenze hat Tyrannenmacht usw.

Die Versicherungsbehörden.

Die Reichsversicherungsordnung hat für alle drei Zweige der Arbeiterversicherung einheitliche Versicherungsbehörden geschaffen, und zwar 1. das Reichsversicherungsamt, 2. das Oberberufungsamt, 3. das Reichsversicherungsamt. Bei jeder dieser Versicherungsbehörden haben nun auch die Versicherten und Unternehmer insoweit mitzuwirken, als sie Vertreter zu diesen Instanzen wählen können. Diese Vertreter können wir aber nicht direkt wählen, sondern hierfür bilden die Versicherten bzw. Unternehmer bei den Wahlen zu den Ausschüssen der Krankenkassen die Urwähler. Sofern hierzu tüchtige, mit der Sozialgesetzgebung vertraute Vertreter gewählt werden, ist es selbstverständlich, daß die Versicherungsbehörden dann auch eine wünschenswerte Zusammenfassung erfahren. Sollen wir uns nun die Aufgaben dieser Behörden etwas näher an und kommen zunächst zum

Reichsversicherungsamt.

Gesetzlich wird bei jeder unteren Verwaltungsbehörde eine Abteilung für Arbeiterversicherung (Versicherungsamt) errichtet. Die Versicherungsämter nehmen die Geschäfte der Reichsversicherung wahr und erteilen in Angelegenheiten der Reichsversicherung Auskunft. Dann aber ist das Reichsversicherungsamt auf dem Gebiete der Krankenversicherung die Aufsichtsbehörde über alle Krankenkassen und u. a. Besondereinstanz gegenüber Entscheidungen der Krankenkassen, außerdem, was sehr wichtig ist, die Rechtsprechungsinstanz bei Streit über die Leistungen aus der Krankenversicherung. Bisher war die Rechtsprechung in Krankenversicherungsachen in dem einen Bundesstaate den Verwaltungsgerichten, in dem andern den ordentlichen Gerichten (Amts- und Landgerichten) übertragen. Nach der Reichsversicherungsordnung sind für diese Streitfälle ausschließlich die Versicherungsbehörden zuständig. Insofern ist dieses Verfahren jetzt für das ganze Reich einheitlich geregelt. Auf dem Gebiete der Unfallversicherung ist das Reichsversicherungsamt beim Einspruchsverfahren begutachtende Instanz. Gegen Bescheide der Berufsgenossenschaften, wonach entweder die Rente abgelehnt, entzogen oder gekürzt werden soll, kann innerhalb eines Monats nach Zustellung Einspruch erhoben werden. Die Berufsgenossenschaft bestimmt dann, ob der Berechtigte vor ihr oder vor dem Reichsversicherungsamt vernommen werden soll. Solange der Berechtigte vor der zuständigen Stelle noch nicht vernommen ist, kann er jedoch verlangen, daß er vor dem Reichsversicherungsamt vernommen wird, in dessen Bezirk er zur Zeit der Vernehmung wohnt oder beschäftigt ist. Das Reichsversicherungsamt kann erforderlichenfalls noch ein weiteres ärztliches Gutachten einholen und muß es, wenn der Verletzte einen Tag bezieht und die Kosten dafür hinterlegt. Handelt es sich um die Neufeststellung einer Dauerrente, dann hat der Vorliegende eine Vertreter der Versicherten und Unternehmer hinzuzuziehen. Ebenso wie bei der Unfallversicherung kommt das Reichsversicherungsamt auch auf dem Gebiete der Invalidenversicherung nicht als Rechtsprechungsinstanz, sondern nur als begutachtende Instanz in Betracht und zwar für Entzüge auf Uebernahme des Selbstversichers, sowie Gewährung der Renten usw. Weiter hat das Reichsversicherungsamt die Versicherungssträger u. a. noch bei der Ueberwachung der Kranken, sowie der Rentenempfänger zu unterstützen. Als zweite Instanz sind an Stelle der bisherigen Schiedsgerichte für Arbeiterversicherung die

Oberversicherungsämter

getreten. Das Oberversicherungsamt wird in der Regel für den Bezirk einer höheren Verwaltungsbehörde errichtet. Auf dem Gebiete der Krankenversicherung kommt das Oberversicherungsamt als 2. Instanzinstanz in Betracht. Als Rechtsprechungsinstanz gilt es nicht allein für die Kranken, sondern auch für die Unfall- und Invalidenversicherung. Die Spruchkammer besteht hier aus einem Mitglied des Oberversicherungsamts als Vorsitzenden und je 2 Beisitzern der Versicherten und Unternehmer. Da nun leider eine Anzahl von Streitfällen sowohl auf dem Gebiete der Kranken-, wie Unfall- und Invalidenversicherung nicht bis zur höchsten Instanz gelangen können, so entscheiden hierüber die Oberversicherungsämter endgültig. Aus diesem Grunde ist namentlich auf die Auswahl dieser Beisitzer besonderes Gewicht zu legen. Ueber die Berufung entscheidet in Sachen der Krankenversicherung das Oberversicherungsamt für den Bezirk desjenigen Versicherungsamts, welches das angefochtene Urteil erlassen hat und in Sachen der Unfall- und Invalidenversicherung das Oberversicherungs-

amt für den Bezirk desjenigen Versicherungsamts, welches bei der Vorbereitung der Sache mitgemittelt hat. In Unfallsachen hat der Versicherte die Wahl zwischen dem Oberversicherungsamt des Bezirks, in welchem er zur Zeit der Erhebung der Berufung wohnt oder beschäftigt ist. Die Berufungsdauer beträgt einen Monat. Neben sonstigen weiteren Aufgaben ist den Oberversicherungsämtern jetzt auch die Festsetzung des Ortslohns (der bisherige Ortsübliche Tageslohn gewöhnlicher Tagearbeiter) zugewiesen. Vorher werden die Vorstände der beteiligten Versicherungsanstalten gehört; das Reichsversicherungsamt hat sich nach Anhörung der Gemeindebehörden und der Vorstände der beteiligten Krankenkassen zunächst zu äußern. Als dritte und letzte Instanz ist dann noch das

Reichs- bzw. Landesversicherungsamt

vorgesehen.
In Bayern, Sachsen, Württemberg, Baden und Preußen tritt an Stelle des Reichsversicherungsamts das Landesversicherungsamt. Wie schon erwähnt, gelangen eine Anzahl von Streitfällen nur bis zur zweiten Instanz. Insofern hat man die Rechtsprechung verschlechtert. Dann gilt für die Unfallversicherung das Rekursverfahren; dagegen für die Kranken- wie Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung das weniger günstige Revisionsverfahren. Der Spruchsenat besteht beim Reichsversicherungsamt aus einem Vorsitzenden, einem vom Bundesrate ernannten richterlichen Beamten, einem Arbeitgeber und einem Versicherten. Will ein Senat des Reichs- bzw. Landesversicherungsamts in einer grundsätzlichen Rechtsfrage von einer amtlich veröffentlichten Entscheidung des Reichsversicherungsamts abweichen, dann ist gesetzlich ein Großer Senat vorgesehen, dem dann die Sache zu überweisen ist. Diesem gehören je zwei Vertreter der Versicherten und Unternehmer an. Die Rekurs- und Revisionsinstanzen betragen je einen Monat. Während das Rekursverfahren noch die Beibringung von weiterem Beweismaterial zuläßt, ist dies bei der Revision ausgeschlossen. Dieses kann nur darauf gestützt werden, daß 1. das angefochtene Urteil auf der Nichtanwendung oder auf der unrichtigen Anwendung des bestehenden Rechts oder auf einem Verstoß wider den klaren Inhalt der Akten beruht, 2. das Verfahren an wesentlichen Mängeln leidet. Beim Reichsversicherungsamt sind die Rechtsmittel schriftlich einzureichen, ab zu begründen. Beim Landes- bzw. Landesversicherungsamt kann man seine Anliegen bzw. Klagen auch zu Protokoll geben. In ihrem eignen Interesse tun aber die Versicherten oder deren Angehörige gut daran, in allen Fällen das nächste Arbeitersekretariat zu Rate zu ziehen, damit von dort aus rechtzeitig eingegriffen werden kann.

Großbankenherren.

Die letzten dreißig Jahre haben in Deutschland wie in den meisten andern Ländern mit höchstmerklichem Wirtschaftslieben ein beispielloses Anwachsen der Macht der Aktienbanken gezeitigt. Die Industrie vor allem ist vollkommen unter die Oberhoheit der Bankwelt gekommen. Die Direktoren der großen Aktienbanken sitzen in den Aufsichtsräten der industriellen Gesellschaften, die ihnen durch das Mittel des Bankkredits tributpflichtig geworden sind und bestimmen so ziemlich selbstherrlich den Lauf der Ereignisse. Daß hierbei nicht immer das eigentliche Interesse der industriellen Gesellschaft resp. ihrer Aktionäre das Leitmotiv für die Handlungen des Geschäftsführers zusammengesetzten Aufsichtsrates sein wird, ist erklärlich, wenn man bedenkt, daß die Banken eben vor allem Geschäfte machen wollen, und daß manchmal, wenn eine Großbank den verschiedenen Aktiengesellschaften desselben Erwerbszweiges interessiert ist, diejenige Aktiengesellschaft, welche ihrer Bankverbindung nicht die besten Chancen für die Zukunft zu bieten scheint, eben den Kürzeren zieht. Oder aber man will sich eines Schmerzenskindes von Aktiengesellschaft, die der Bank oft Verluste gebracht hat, möglichst schmerzlos entledigen; dann schneit man sie auf dem Wege der Fusion mit einer besser rentierenden derselben Branche zusammen und bindet dieser so oft genug einen Stein ins Bein, der dann nachher von den Aktionären, die sich ein schlechtes Werk teuer verkaufen lassen mußten, bei der Dividendenzahlung schmerzhaft empfunden wird. Die Gründe, weshalb die Banken denartige Kunststücke mit den industriellen Aktiengesellschaften und deren Aktionären machen können, liegen in der Entwicklung, die das Bankgeschäft in Deutschland in den letzten Jahrzehnten genommen hat. Mehr und mehr sind die großen Aktienbanken zu gewaltigen Sammelbecken geworden, in denen sich erhebliche Teile des flüssigen Volkvermögens ansammeln. Nach einer interessanten Zusammenfassung, die jetzt Robert Franz im Deutschen Delonomist veröffentlicht, verwalten allein die neun Berliner Großbanken mit den von ihnen kontrollierten Provinz- und Ueberseebanken an fremden Geldern die enorme Summe von 18,2 Milliarden Mark zu Ende des Jahres 1912. Auf die einzelnen Bankgruppen verteilt sich diese Summe wie folgt:

Deutsche Bank	4880 Millionen Mark
Disconto-Gesellschaft	2755 " "
Dresdner Bank	1902 " "
Darmstädter Bank	1105 " "
Schaaffhausen's Bankverein	758 " "
Berliner Handelsgesellschaft	575 " "
Kommerz- und Diskontobank	466 " "
Nationalbank für Deutschland	456 " "
Mitteldeutsche Kreditbank	224 " "

Alle diese riesigen Summen werden von den Banken, denen sie anvertraut sind, in der Hauptsache dadurch wieder nutzbar gemacht, daß sie der Industrie und dem Handel, die da sie selbst zumetzt hohe und langwierige Kredite gewähren, auch fast stets mit fremden Geldern arbeiten müssen, auf dem Wege des Kredites zur Verfügung gestellt werden. So sind die industriellen Aktiengesellschaften in ihrer Arbeitspolitik größtenteils von den Banken abhängig. Denn die Aktiengesellschaft kann, auch wenn ihre Aktien an der Börse notiert sind, durchaus nicht immer, wenn sie irische Gelder braucht, an den Kapitalmarkt appellieren und junge Aktien ausgeben. Vielmehr sind die Lage des Geldmarktes und die allgemeine Börsenspekulation durchaus nicht immer so günstig, daß man ein derartiges Vorhaben auch wenn alle andern Gründe dafür sprechen — in Erwägung ziehen könnte. Und da ist denn die Gesellschaft recht froh, wenn eine kapitalkräftige Bank hinter ihr steht, die ihr die benötigten Gelder leiht und ihr so die augenblicklich notwendigen Erweiterung- und Neubauten ermöglichen kann. — Die gewaltigen Summen, die, wie wir oben sahen, von unseren Großbanken verwaltet werden, haben für uns noch in anderer Hinsicht Interesse: Sie führen uns drastisch die Tatsache vor Augen, in wie wenig Hände im Grunde genommen die Verwaltung so großer Teile unsres Nationalvermögens gelegt ist, und lassen die Forderungen der Handelspresse nach einer weit ausfühlicheren und eingehenderen Berichterstattung der verantwortlichen Leiter der Banken an die Öffentlichkeit nur allzu gerechtfertigt erscheinen.

Korrespondenzen.

Augsburg. Am 13. September begingen die Steinarbeiter der Zahlstelle Augsburg ihr zehnjähriges Stiftungsjubiläum. Ein Beweis, daß die Steinarbeiter im Verbandsleben nicht an letzter Stelle rekrutieren, war der zahlreiche Besuch von Gewerkschafts- und Parteigenossen im schon dekorierten Saale des Café Maximilian. Der Abend wurde eingeleitet durch ein paar ausgezeichnete Musikpielen, welche von der Kapelle Guntner in gewohnter Weise vorgetragen wurden. Hierauf begrüßte der Vorsitzende, Kollege Fißler, sämtliche Anwesende und erteilte dem Festredner, Kollegen Mittemmeler aus Regensburg, das Wort. Er gab einen ausführlichen Rückblick auf die Steinarbeiterbewegung im ganzen und auf die Bewegung der hiesigen Steinarbeiter im besonderen. Er wies speziell darauf hin, daß die Zahlstelle, Dank ihrer Einigkeit und Gelassenheit, in Bezug auf Lohn- und Arbeitsbedingungen erhebliche Fortschritte gemacht hat. Nach einem warmen Appell an alle Anwesenden brachte der Männergesangverein Kassalla Wendelslohns Stiftungsjubiläum in vorzüglicher Weise zu Gehör. An dieser Stelle möge wiederholt zum

Ausdruck gebracht werden, daß dem Männergesangverein Posaillen besonderer Dank zu zollen ist, da er stets bereit ist, Arbeiterfeste zu verschönern und durch das Lied den Gedanken der Zusammengehörigkeit hineinzutragen in die breiten Schichten der Volksmassen. Abwechslend in Tanz und Gesang und einigen humoristischen Vorträgen entschwinden die Stunden allzu schnell in herrlichster Harmonie.

Heimbach (Dennwald). Die italienischen Kollegen ersuchen uns, nachstehende Resolution zum Abdruck zu bringen: „Die am 7. September stattgefundene Versammlung der italienischen Mitglieder bringt erneut zum Ausdruck, wie schon in der Versammlung, die vom Kollegen Moschini abgehalten wurde, daß sie sich nicht in Gegensatz zu den in der Zeitung stehenden deutschen Kollegen stellen wollen, sie verlangen aber, daß auch die Beischlüsse der italienischen Versammlungen in Betracht gezogen werden. Ferner gibt die Versammlung der Zeitung den Auftrag, diese Resolution den demnächst stattfindenden Bezirks- und Hauptkonferenzen mitzuteilen, um zu veranlassen, daß die Zentrale sich darüber äußert, welche Vorschläge sie den Vorbestimmten unterbreiten will. Es soll ferner eine Umfrage veranstaltet werden bezüglich der Behandlung der Arbeiter und der Einhaltung der Tarife in allen ihren Teilen.“ Die italienischen Kollegen werden auch fernerhin dem Verband die weitgehende Unterstützung zuteil werden lassen. Uns ist darum zu tun, daß wir auch von den deutschen Kollegen in weitgehendster Weise unterstützt werden.

Kamenz. Am 14. September fand im Gasthaus zum Löwen unsere Monatsversammlung statt. Zum 1. Punkt: Gewerkschaftliches, gab der Vorsitzende bekannt, daß vom Zentralvorstand eine Broschüre über die Kaufhausausstellung in Leipzig herausgegeben wird, und ersuchte die Kollegen, bei der Bestellung recht regen Gebrauch davon zu machen. Im weiteren gab der Vorsitzende bekannt, daß durch Anregung der Kollegen im Grünsteinwerk Wiesa eine Betriebsversammlung stattfinden soll, in der Kollege Zahn referieren wird. Dann wurde Bericht erstattet über die Vergleichskonferenz zu Häßlich und Mörsdorf zwecks Tariffache. Wir sind stolz darauf, daß unsere Mitgliederzahl in letzter Zeit so gestiegen ist. Es muß aber weiter unsere Pflicht sein, auch die uns noch fernstehenden Kollegen in unsere Mitte zu bekommen. Weiter wurde über die Gesellschaftsfahrt nach Meissen debattiert. Unter Punkt Verschiedenes wurde die Bekämpfung des Alkohols erwähnt, was jeder Kollege beherzigen möchte.

Leipzig. Am 17. September fand eine schwachbesetzte Stein- arbeiterversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Vortrag des Genossen Mylau über die Krankenversicherung nach den neuen Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und die bevorstehenden Massenwahlen. 2. Gewerkschaftliches. Der Referent gab eine kurze Uebersicht über die Zusammenfassung des jetzigen Vorstandes und des am 13. Oktober zu wählenden Ausschusses nach dem neuen Gesetze. Es sind 60 Ausschussmitglieder und 120 Ersatzmitglieder zu wählen. Weiter schilderte er die verschiedenen Rechtspredigungen über Kranken- und Unfallversicherungen, die die einheitlichen Instanzen nach dem neuen Gesetze, so daß zu hoffen wäre, daß sich solche gegenteilige Urteile in ein und derselben Sache nicht wiederholen können. Die Ausführungen des Redners machten es den Anwesenden zur Pflicht, sich vollzählig an den Wahlen zu beteiligen, da doch auch von gegenteiliger Seite versucht wird, möglichst viel Stimmen zu erhalten. Da diesmal nach dem Verhältniswahlrecht gewählt wird, kommt es auch auf die einzelne Stimme an. Zum Schluß machte der Vortragende noch auf verschiedene Änderungen der Statuten der Ortskrankenkasse vom 1. Januar 1914 aufmerksam. Die Anwesenden waren mit Interesse dem Vortrage gelauscht und erregte der Referent reichen Beifall. Zu Punkt 2 verlas der Vorsitzende die Statuten zu der Arbeiterlosenversicherung. Als Ausschussmitglied zur Krankenkasse wurde Kollege Kampfad vorgeschlagen.

Kreuzburg. Am 21. September fand hier im Gasthaus im Hofstad eine Versammlung statt, die von den Kollegen sehr schlecht besucht war. Zum Kassierer wurde Joseph Babermeier gewählt und als Schriftführer Simon Steninger. Im Punkt Verschiedenes wurde debattiert über das eigenartige Verhalten einiger Kollegen. Es wurde von diesen Kollegen versprochen, daß das in Zukunft nicht mehr vorkommen sollte. Besonders wurde scharf kritisiert über die Werkzeugsfrage. Weiter kam in der Debatte noch zur Sprache, daß das Material immer zu wenig ist und die Leute warten müssen.

Reichenbach im Nitzschgebirge. Am 12. September fand bei Herrn Fris Jahn eine gutbesetzte Steinarbeiter-Versammlung statt. Zu dem Punkt: Anstellung eines Bezirksleiters sind sämtliche Kollegen der Meinung, daß dieses dringend notwendig sei. Die Abstimmung soll auf den Vorschlag vorgenommen werden und zwar in kürzester Zeit. Unter Verschiedenem wurden die Verträge Heinrich und Grahnma unter die Lupe genommen. Bei letzterem traten Ercheinungen zutage, die jeder Beschreibung spotten. Auch bekommen die einen Kollegen ihre Prozente nicht, wenn sie überstunden machen. Ferner will der Betriebsleiter Kaufmann auch zweierlei Bezahlung einführen bei gehobten bleibenden Arbeitern. Immerwährend muß die Lohnkommission vorstellig werden, was ihm besonders ein Dorn im Auge ist. Unsere Kollegen nahmen hierzu Stellung und beantragten, die Angelegenheit der Direktion zu unterbreiten, was auch geschah. Als nach einigen Tagen Herr Direktor Böckel kam, wurde die Kommission vorstellig und verlangte eine bessere Behandlung von Seiten des Betriebsleiters. Herr Böckel wollte das Vorgelegene fast nicht glauben, doch wir beharrten darauf und er erklärte, Abhilfe zu schaffen. Denn unsere Kollegen lassen sich von diesem Manne nicht mit allerlei Reizen ablenken. Auch werden unsere Kollegen wiederholt damit belästigt, gehobte bleibende Arbeiter aus Nitzschgebirgsgranit mit 7 Mk. pro Quadratmeter zu machen, obgleich sie im Tarif mit 9 Mk. vorgelesen sind.

Rundschau.

Lito Schäfer. Am Donnerstag, den 15. September, verchied nach längerem Leben in einer Privatspital in Nordhausen der den Steinarbeitern bekannte Genosse und Ausschussmitglied Lito Schäfer aus Nordhausen. Er war eng mit der Partei- und Gewerkschaftsbewegung verknüpft, hatte auch deshalb viele Ehrenämter inne. Seine Verdienste an der besten Zufriedenheit der Arbeiterklasse zu erfüllen. Er war der Kandidat des Kreises Nitzschgebirge für den Reichstag und seine Verdienste den anderen Genossen ein Vorbild sein. Der Sachkreis Nitzschgebirge-Gangwitz-Weichenze wird das Verstorbenen sehr in Liebe, Ehre und Trauer gedenken.

Voranschau der Auswanderung nach Argentinien. Aus Buenos Aires werden uns im Grund der Arbeiterbewegung, daß im Argentinien die Arbeitslosigkeit einen riesigen Umfang erreicht hat. In Buenos Aires sind 500 000 Menschen arbeitslos. Kürzlich ist ein Arbeitsamt gegründet worden. Das arbeitslos ist Arbeit verweigert. Dieses Amt ist aber nicht imstande, zu helfen, da die Arbeitslosen nicht die Mittel haben, um die Reise nach dem Ausland zu machen, wo Arbeiter viel verdienen werden, bezahlet zu werden. Das Amt wird helfen, auch keine Mittel hierzu. In Argentinien werden Arbeiter-Versammlungen sein, die der Arbeiter und der Arbeiter den Grund der Lage vor Augen führen. Es wird die Auswanderung der Arbeitslosen in vorläufiger Weise zu helfen. In der letzten vorhandenen vielen Arbeitslosen kommen auch aus allen Teilen Europas neue an. Ganze Familien treten bei der Auswanderung herbei, obdachlos, hungernd und frustriert in der Fremde stehen. Schiffsreisegesellschaften werden durch gewinnbringende Reisen für die Auswanderung nach Argentinien, so daß es nur um die Überfahrtsgebühren zu tun. Diese sind aber nicht zu bezahlen, um die Gebühren. Jede Woche kommen etwa 1000 Arbeiter nach Argentinien in Buenos Aires an, um dort zu arbeiten. Die Arbeiter sind sehr glücklich, da sie dort die deutschen Arbeiter und Handwerker. Die

Mehrzahl der Einwanderer kommt allerdings aus den romantischen und klawischen Ländern. Jeder deutsche Arbeiter wird wohl beurteilen können, was es heißt, neben solchen Konkurrenten seine Arbeitskraft an den Mann zu bringen. Die Löhne sind durch die Massenangebote ungläublich gedrückt, dabei ist der Lebensunterhalt so teuer wie sonst nirgends. — Gewerkschaftliche Organisationen bestehen zwar, doch sind sie bei dem fortwährenden Zustrom aus allen Ländern nicht imstande, Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu erlangen. Die Organisierung der Einwanderer ist schwer, weil sie der Landessprache nicht mächtig sind. Zugewanderte müssen außerdem gewärtig sein, ausgewiesen resp. zwangsweise zurückgeschickt zu werden, auf Grund eines vor drei Jahren geschaffenen Gesetzes. Das Elend ist zurzeit riesengroß unter den Arbeitslosen. Deshalb, Arbeiter, seht euch vor, wandert nicht nach Argentinien aus!

Das Relief des Völkerschlachtdenkmal in Leipzig. Nachdem dieser Tage das letzte Stück des äußeren Bildwerkes am Völkerschlachtdenkmal gefallert ist, erscheint dem Besucher das an der Vorderseite angebrachte Relief erst in seiner ganzen Schönheit und gewaltigen Größe. In diesem Steinbildwerk, das insgesamt 200 000 Mark Kosten erforderte (100 000 Mk. der Stein, 25 000 Mk. des Modell und 75 000 Mk. die Ausführung), haben durchschnittlich zehn Bildhauer drei Jahre lang gearbeitet. Das Relief hat eine Höhe von 21 Metern und ist 60 Meter breit. Die mittlere Hauptfigur stellt den Schlachtenjüngling St. Michael dar. Diese Figur hat etwa die Höhe eines dreistöckigen Hauses (11,60 Meter); der Kopf allein ist 1,60 Meter hoch. Der Schild, auf den sich St. Michael stützt, ist über 5 Meter groß und oben 2 Meter breit. In der Figur des Schlachtenjünglings haben 6 Bildhauer länger als ein Jahr gearbeitet; die Kosten dieses Bildwerkes betragen rund 10 000 Mk. Nichts und kein von Michael sieht man Furchen über das Schlachtfeld hinziehen. Stehend gedacht, würden diese eine Höhe von etwa 12 Metern haben. Die gespreizten Arme der Furien haben eine Länge von ziemlich 8 Metern. Auch die Maße der beiden Adler oben im Relief sind ganz bedeutend; ihre Reichhöhe macht ungefähr 2 Meter aus. Die Flügelspannweite beträgt 10 Meter. Die Inschrift über dem Relief: „Gott mit uns“ hat eine Buchstabenhöhe von 1,80 Meter. Zu jedem Buchstaben war ein Granitblock von 100 Zentner Gewicht nötig.

Aus dem gelben Sumpf. Der Vorstand des gelben Werkvereins der Badischen Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen hat kürzlich den gelben Mitgliedern den Bericht für das zweite Geschäftsjahr unterbreitet. Diesem Bericht nach ist die Zahl der ordentlichen Mitglieder auf 4705 gestiegen; mit außerordentlichen und jugendlichen Mitgliedern sind es zusammen 6644. Die Direktion hat für die gelbe Fütterung ihrer Arbeiter 107 882,50 Mk. ausgegeben. Die ordentlichen Mitglieder brachten ganze 4584 Mk., die außerordentlichen Mitglieder 5338 Mk., die Jugendabteilung ganze 101 Mk. auf. Die Ausgaben betragen insgesamt 70 623 Mk., die zu den verschiedensten Unterhaltungen verwendet wurden. Ein feines Geschäft — für die Direktion! Es entfallen bei 10 000 Arbeitern pro Arbeiter täglich ganze 2 Pfg. Ausgabe, während die minimale Wohnaufbesserung von nur 1 Pfg. pro Stunde einen fünfmal höheren Betrag erfordern würde. Diese minimale Ausgabe ist der Direktion anscheinend noch zu hoch. Sie hat veranlaßt, daß die Gelben ihre Beiträge erhöhen, damit sie selbst für die Gelbenzeit besser aufkommen können. Kürzlich stellten die gelborganisierten Maurer in der chemischen Fabrik Elektron in Griesheim Lohnforderungen, da sie 10—15 Pfg. weniger verdienen als ihre Kollegen in anderen Betrieben. Es wurde den gelben Maurern durch die Verwaltung aber bedeutet, daß sie gar keine Berechtigung hätten, Lohnforderungen zu stellen. Die Sogung des Werkvereins verbiete dies; überdies hätten sich die Mitglieder des Werkvereins unter schriftlich verpflichtet, Lohnforderungen nicht zu stellen. Damit endete die zweite Lohnbewegung derselben in Elektron und beide mit demselben Resultat. Wenn werden die gelben Arbeiter so viel Ehre, Würde und Schamgefühl aufbringen, um sich aus dem gelben Sumpf zu retten!

Abtuz. Der Steinbrecher Wilh. Werner aus Collmen (Sachsen) stürzte im Bruch Steinberg bei Ködnitz von einem 8—10 Meter hohen Felsen herab. Schwer verletzt wurde derselbe mittels Krankenwagen nach seiner Wohnung gebracht.

Literarisches.

Geologische Spezialkarte. Im Vertriebe der königlichen Geologischen Landesanstalt zu Berlin erschienen kürzlich als 193. Lieferung die Blätter Landesbucht, Schmiedeburg mit Tschöpsdorf und Kupferberg. Diese drei Blätter umfassen den größten Teil des Landesbucht Kreises, sowie Teile der Kreise Hirschberg und Volkshain. Als topographische Grundlage dienen die Neßtischblätter. Die Karten bieten also die genaueste Angabe aller Wege, Wälder, Gebäude, Fluggrenzen usw. Durch buntpfarbigen Aufdruck ist für das gesamte Gebiet der geologische Aufbau des Untergrundes dargestellt.

gestellt. Man sieht mit genauer Gliederung der einzelnen Schichten das Sandsteingebiet von Neuen und Girtelsdorf, die Porphyry- und Melaphyrberge des nördlichen Rabenberges und der Mummel- und Korfberge, den Verlauf der Steinkohlen führenden Schichten von Korfbach über Forst, Landesbucht, Reichhennersdorf und Liebau bis Tschöpsdorf. Scharf hebt sich aus den Grauwacken die Eruptionen des Harbergs bei Alt-Weißbach heraus. Den größten Teil der Blätter Kupferberg und Schmiedeburg nehmen die mannigfaltig gegliederten Schieferungsflächen des Krieglengebirges ein. Im Nordwesten (Schmiedeburg, Hirschbach, Hirschbach, Jannowitz) bedeckt die Karte noch einen Teil des Riesengebirgigen Granitgebirges. Die Blätter sind in jeder Buchhandlung und in der Vertriebsstelle der königlichen Geologischen Landesanstalt in Berlin erhältlich zum Preise von 2 Mk. für das Exemplar samt Erläuterung.

Quittung.

Eingegangene Gelder vom 14. bis mit 20. September.
(Die vor den Zahlen stehenden Buchstaben bedeuten: B. = Beitragsmarken, E. = Eintrittsmarken, K. = Kranken- und Erwerbslosenmarken, M. = Material, Ab. = Abonnement, Ins. = Inserate.)
Gaderleben, B. 3.60, Div. 0.40. Grefeld, B. 4.80, Div. 0.20. Reanitz, Ins. 4.—. Göln II, B. 119.—, K. 20.—. Rühberg, B. 45.90, K. 8.—. Offenburg, B. 42.—. Ziegelanger, B. 244.86, K. 5.—. Stiegelbach, B. 54.74. Königshain, B. 103.—, E. 4.—, K. 8.60. Kaiserslautern, B. 84.—, E. 30.—, K. 44.50, M. 5.—. Gauswabe, B. 287.90, E. 5.—, K. 10.60. Göttingen, B. 8.40, K. 0.60. Frankfurt a. M., B. 100.—, E. 0.75, K. 83.50. Flossenbürg, B. 63.42, E. 8.—. Obermendig, B. 19.10, K. 4.10. Ubelshen, B. 180.—, K. 10.—. Pöschern, K. 1.20. Leipzig, Div. 0.80. Kellinghusen, B. 11.—. Gaderleben, B. 9.—. Rotenburg, B. 9.—. Peitzsch, B. 4.50. Wittenberge, B. 4.50. Berth, B. 7.20. Hamel, Ab. 6.40. Elm, Ins. 2.40. Gebersweter, B. 84.—. Düsselberg, B. 200.—. Ulf, Ins. 2.20. Weicha, B. 1340.—, Ins. 11.40. Darmstadt, B. 147.—. Marktkeuthen, Ins. 8.40. Ludwig Geiß, Kassierer.

Geldsendungen für die Hauptkasse sind nur an den Kassierer Ludwig Geiß, Leipzig, Zeiger Straße 32, IV., zu adressieren. Bei jeder Sendung ist auf dem Postkarte nicht angegeben, für was das Geld bestimmt ist.

Allgemeine Bekannmachungen.

Augsburg. Die Reiseunterstützung wird im Gewerkschaftssekretariat, F 13, Unterer Kreuz, ausgezahlt.
Die Ortsverwaltung.
Chemnitz. Dem Kollegen Joseph Kanlbinder, geboren am 25. April 1879 in Grilaberg, ist keine neue Interimskarte auszustellen, da die alte in größter Unordnung hier liegt.
Friedrich Fink, Kassierer.
Hornberg (Schwarzwald). Dem Kollegen Heinrich Metehofer, geboren in St. Martin, ist keine neue Interimskarte auszustellen, da er sein Buch in größter Unordnung hier liegen ließ.
E. Wimmer, Kassierer, Schloßstraße 91.
Saarbrücken. Ich ersuche die Vertrauensleute, mir die Adressen der Granitschleifer Hans Pöllmann aus Friedenthal (Buch-Nr. 11699) und Johann Greim aus Mündberg (Buch-Nr. 1140) zukommen zu lassen; es handelt sich um eine wichtige Sache.
Karl Müller, Saarbrücken III, Scheiderstraße 2.

Adressen-Änderungen.

Stuttgart. Kass.: Wilh. Schwinghammer, Stuttgart-Heßlach, Wälinger Straße 8, II.
Burg. Vom 22. September ab befindet sich unser Bureau Carolstraße 5b, II. Alle Zuschriften sind dahin zu adressieren. Als Geschäftsführer fungiert Kollege Reinhold Kern. Geschäftszeit: Vormittags von 9—12 Uhr, Freitags und Sonnabends von 8—11 Uhr. — Die Reiseunterstützung wird in „Stadt Mesq“ ausgezahlt.

Versammlungskalender.

☛ Mitglieder-Versammlung ☚
Essen: 4. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, bei Weder, Annastraße.

Zur Beachtung!

Diesen „Steinarbeiter“-Sendungen liegen die Abrechnungsfomulare für das 3. Quartal bei. Wenn einer Sendung aus Versehen ein solches Formular nicht beiliegen sollte, so bitten wir um sofortige Nachricht.

WERBUNG Anzeigen

Versammlungen im Gau Mannheim.
Im achten Gau werden in nachstehenden Orten öffentliche Steinarbeiterversammlungen stattfinden:
Karmelsbach: 27. Septbr., abends 8 Uhr, bei Stuhlmeier.
Flonheim: 28. September, nachm. 3 Uhr, im „Prinz Karl“.
Wiesbaden: 29. Septbr., abds. 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Mainz: 30. September, abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Frankfurt a. M.: 1. Okt., abds. 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Referent in allen Versammlungen:
Kollege H. Staudinger, Leipzig.
Die Ortsverwaltungen werden ersucht, für einen guten Besuch zu sorgen. Die Ganleitung.

Tüchtige Granitsteinmetzen
auf bessere Bauarbeiten sofort gesucht.
Carl Baehle, Werksteinindustrie, G. m. b. H. Jannowitz (Riesengebirge).

Tüchtiger Marmor- und Granit-Maschinenschleifer
sowie **Steinhauer**
der in Muschelkalkstein und Verzierung bewandert ist, gesucht. Anerbieten unter J. W. an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Tüchtiger Arbeiter
an horizontale Schürscheibe bei 50 Pfg. Stundenlohn zu sofort gesucht.
Plettner & Bruhn, Lübecker Granit- u. Marmorindustrie.

Steinrichter
gegen hohe Akordlöhne werden eingestellt im
Basaltwerk Heiligenmühle
bei Vacha an der Werra.

Gestorben.
(Unter dieser Rubrik werden nur diejenigen Sterbefälle veröffentlicht, für die die Todesanzeigen zur allgemeinen Statistik eingelangt werden.)
In Mügeln am 21. September der Sandsteinmetz Emil Schnabel, 38 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Ködnitz am 8. September der Pfastersteinmacher Paul Walter, 56 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Grehlen am 19. September der Pfastersteinmacher Friedrich Kahl, 48 Jahre alt, an Tuberkulose.
In Stuttgart am 14. September der Sandsteinmetz Joseph Klingler, 38 Jahre alt, an Tuberkulose.
Ehre ihrem Andenken!

Verantwortlicher Redakteur: H. Staudinger, Leipzig.
Verlag von Paul Starke in Leipzig.
Rotationsdruck der Leipziger Buchdruckerei Aktiengesellschaft.

Neuheit für Steinmetzen!
Stockhammer
mit auswechselbaren Zahnflächen
„Simplon“-Stockhammer.
Prospekte gratis.
Albert Baumann, Aue (Erzgeb. 16)
Härtewerk und Werkzeugfabrik.



Schürzen
Harsmachersines, 100 und 115 cm breit, Schürzenstoffe in allen Breiten, Jacketts, Ledr- und Waffstoffs-Hosen in eigener Anfertigung empfiehlt preiswert
Emil Keidel Spezial-Geschäft in Berufskleidung
Eigene Anfertigung.
Hamburg 6, jetzt Bartelsstrasse 93.
Tüchtiger Werkzeugschmied a. Granit sucht dauernde und lohnende Arbeit.
Off. unter Lohnangabe an Aug. Schopf, Aicha v. W. (Nied.-Bay.).